



Protokoll

16. Sitzung Gemeindeparlament vom Montag, 16. Dezember 2019, 18:00 – 22:15 Uhr; fortgesetzt am Mittwoch, 18. Dezember 2019, 18:00 – 20:00 Uhr
Aula Reitmen, Badenerstrasse 82, Schlieren

Vorsitz Walter Jucker, Präsident

Protokoll Janine Bron, Sekretärin

Anwesend 35 am 16. Dezember 2019
36 am 18. Dezember 2019

Entschuldigt Erwin Scherrer am 16. Dezember 2019

Gäste Bezirksratspräsident Simon Hofmann

**97/2019 16.04.10 Mitteilungen Gemeindeparlament 2018 - 2022
Sitzung vom 16. Dezember 2019**

Protokoll

Das Protokoll der 15. Sitzung des Gemeindeparlaments vom 18. November 2019 wurde vom Büro am 26. November 2019 genehmigt.

Referendum Gewinnabgabe Eigenwirtschaftsbetrieb Gasversorgung

Der Stadtrat hat die Abstimmung über das Referendum gegen die Gewinnabgabe Gasversorgung per 17. Mai 2020 angeordnet.

Beantwortung Kleine Anfragen

Die Kleine Anfrage von Jolanda Lionello betreffend "Brunnen auf dem Stadtplatz" wurde vom Stadtrat am 20. November 2019 beantwortet.

Die Kleine Anfrage von Hans-Ulrich Etter betreffend "Digitale Parkplatzbewirtschaftung in Schlieren" wurde vom Stadtrat am 20. November 2019 beantwortet.

Die Kleine Anfrage von John Daniels betreffend "Neue Kandelaber Wiesenstrasse" wurde vom Stadtrat am 20. November 2019 beantwortet.

Die Kleine Anfrage von Markus Weiersmüller betreffend "Veloschnellroute" wurde vom Stadtrat am 20. November 2019 beantwortet.

Die Kleine Anfrage von Sasa Stajic betreffend "Zugverbindung Flughafen" wurde vom Stadtrat am 20. November 2019 beantwortet.

Die Kleine Anfrage von Rixhil Agusi betreffend "Familienzentrum in Schlieren" wurde vom Stadtrat am 4. Dezember 2019 beantwortet.

Die Kleine Anfrage von Yvonne Apiyo Brändle-Amolo betreffend "Schlieren goes Green" wurde vom Stadtrat am 4. Dezember 2019 beantwortet.

98/2019 10.07

Budget 2020, Investitions- und Finanzplan 2019 bis 2023
Beschluss GP: Vorlage Nr. 10/2019: Antrag des Stadtrats auf Genehmigung des Budgets und Festsetzung des Steuerfusses für das Jahr 2020

Referentin des Stadtrats:

Manuela Stiefel
Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften

Weisung

Für das Jahr 2020 wird ein Aufwandüberschuss von Fr. 1'929'000.00 budgetiert. Die Haushaltsregeln werden eingehalten. Die Selbstfinanzierung beträgt rund 6.9 Mio. Franken. Demgegenüber stehen Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen von rund 13.9 Mio. Franken und ein Ausgabenüberschuss von 2.1 Mio. im Finanzvermögen. Für das Jahr 2020 wird mit einem Selbstfinanzierungsgrad von rund 50 % gerechnet.

Der einfache Gemeindesteuerertrag kann gegenüber dem Budget 2019 um 0.2 Mio. Franken erhöht werden, er liegt für das Jahr 2020 bei 47.9 Mio. Franken. Der Steuerfuss wird auf 114 % der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) belassen.

Der Stadtrat hat das Budget 2020 der Politischen Gemeinde Schlieren (per Stichtag 23. Oktober 2019) geprüft und für richtig befunden.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Dem Gemeindeparlament wird beantragt zu beschliessen:

1.1 Das **Budget 2020** der Politischen Gemeinde Schlieren wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	Fr.	172'107'900.00
	Gesamtertrag	Fr.	170'178'900.00
	Aufwandüberschuss (-)	Fr.	-1'929'000.00
Investitionsrechnung VV	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr.	17'471'000.00
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr.	3'600'000.00
	Nettoinvestitionen VV	Fr.	13'871'000.00
Investitionsrechnung FV	Ausgaben Finanzvermögen	Fr.	5'352'900.00
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr.	3'289'700.00
	Nettoinvestitionen FV	Fr.	2'063'200.00

1.2 Der Gemeindesteuerfuss wird für das Jahr 2020 auf 114 % der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) festgesetzt, unter der Annahme eines mutmasslichen Steuerertrags zu 100 % von 47'900'000.00 Franken.

1.3 Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung geht zulasten des zweckfreien Eigenkapitals.

2 Mitteilung an

- Gemeindeparlament
- Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften
- Archiv

Abschied der Rechnungsprüfungskommission

Die RPK hat die Vorlage geprüft. Sie empfiehlt dem Parlament folgendes zu beschliessen:

1. Einstimmig mit 6 zu 0 dem Budget 2020 der Politischen Gemeinde Schlieren zuzustimmen.
2. Mehrheitlich mit 4 zu 3 (Stichentscheid Präsident) den Gemeindesteuerfuss für das Jahr 2020 auf 111 % (Vorjahr 114 %) der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) festzusetzen. Wird diese Empfehlung vom Gemeindeparlament gutgeheissen, ist das Budget 2020 der Politischen Gemeinde Schlieren entsprechend anzupassen.

Sprecher der RPK zum Budget 2020: Boris Steffen

Sprecher der RPK Mehrheit zum Gemeindesteuerfuss 2020: Boris Steffen

Sprecherin der RPK Minderheit zum Gemeindesteuerfuss 2020: Songül Viridén

Gemäss Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments dürften die RPK Mehrheit und die RPK Minderheit je 15 Minuten zur Vorlage sprechen. Da bei der RPK zu einem Teil der Vorlage Einstimmigkeit besteht, bittet die RPK einstimmig darum, die Redezeit anders aufzuteilen. Boris Steffen möchte als Sprecher zum Budget 10 Minuten Redezeit, als Sprecher zur RPK Mehrheit zum Gemeindesteuerfuss 10 Minuten Redezeit und Songül Viridén als Sprecherin zur RPK Minderheit zum Gemeindesteuerfuss 10 Minuten Redezeit.

Schlieren, 11. Dezember 2019

Der Präsident: Boris Steffen

Die Protokollführerin: Nicole Hollenstein

Auf die Nachfrage des Gemeindeparlamentspräsidenten, ob Einwände zu diesem Vorgehen bestehen, erfolgt keine Meldung aus dem Parlament.

Bericht der RPK zum Budget 2020

Boris Steffen zeigt zur Veranschaulichung seines Votums eine Präsentation. Der Ertrag der Erfolgsrechnung steigt gegenüber dem Budget 2019 um 4.6 Mio. Franken, der Aufwand um 2.6 Mio. Franken. Das heisst, im Budget stehen 170 Mio. Franken an Ertrag 172 Mio. Franken an Aufwand gegenüber, was einem Aufwandüberschuss von 1.929 Mio. Franken entspricht. Das sind 2 Mio. Franken besser als im Budget 2019, in dem man noch mit 3.9 Mio. Franken an Aufwandüberschuss rechnete. Boris Steffen präsentiert die grössten Nettounterschiede gegenüber dem Vorjahresbudget in der Institutionellen Gliederung. Im Bereich Bildung steigt der Aufwandüberschuss um 1.6 Mio. Franken. Mit Fr. 600'000 stammt dieser gestiegene Aufwandüberschuss vor allem aus dem Bereich der Primarschule. Auch die Sonderschulung nimmt um Fr. 500'000 zu und die Tagesbetreuung und Schulleitung um je Fr. 200'000. Im Sozialen gibt es Fr. 800'000 weniger Aufwandüberschuss als im Budget 2019. Darin enthalten sind die Berufsbeistandschaften, die im Laufe des Jahres 2020 nach Schlieren kommen mit teilwirksamen Fr. 200'000. Sinken wird die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe um Fr. 700'000, der Asylbereich nimmt um Fr. 300'000 zu, die Sozialberatung um Fr. 100'000 ab und die Zusatzleistungen zu AHV & IV nehmen um Fr. 300'000 ab. Der Bereich Finanzen & Liegenschaften erhöht sich um rund Fr. 500'000. Grund dafür ist vor allem der Bereich ICT der um Fr. 400'000 steigt. Dies ist inkl. die Übernahme der ICT der Schule. Auf der Ertragsüberschussseite findet sich ein Plus von 5.7 Mio. Franken bei den Finanzressourcen. Das sind weniger Buchgewinn in Höhe von Fr. 800'000 und dafür viel mehr Ressourcenausgleich. Nämlich 6 Mio. Franken mehr. Die ZKB wird mit ihrer Jubiläumsausschüttung zusätzliche Fr. 500'000 in die Kassen spülen. Bei den Steuereinnahmen wird mit einem Minus beim Fiskalertrag von 2 Mio. Franken gerechnet. Das Verwaltungsvermögen rechnet mit Investitionen von 17.471 Mio. Franken und 3.6 Mio. Franken Einnahmen von Subventionen und Anschlussgebühren. Das ergibt eine Nettoinvestition von 13.871 Mio. Franken. Davon sind 1.237 Mio. Franken aus der Reduktion durch die

Realisierungsquote berücksichtigt. Die war letztes Jahr mehr als doppelt so hoch. Daraus ergibt sich ein Selbstfinanzierungsgrad von 50 %. Unter 50 % gilt er als ungenügend, von 50 – 80 % als problematisch. Ob er damit als ungenügend oder problematisch bezeichnet wird, ist nicht relevant. Er ist auf jeden Fall noch immer nicht gut. Solange er unter 100 % ist bedeutet das, dass sich Schlieren neu verschuldet. Im Finanzvermögen sind Investitionen in Sachanlagen in Höhe von 3.736 Mio. Franken geplant. Das betrifft vor allem der Kauf der Badenerstrasse, dem Schlieremer Band. Dann gibt es die realisierten Gewinne aus Sachanlagen in die Erfolgsrechnung in Höhe von 1.617 Mio. Franken. Der Verkauf von Sachanlagen ist mit minus 2.195 Mio. Franken budgetiert und die Beiträge Dritter für Sachanlagen sind mit 1.095 Mio. Franken budgetiert. Dies ergibt Nettoinvestitionen im Finanzvermögen. Der mittelfristige Haushaltsausgleich ist erfüllt. Gemäss Gemeindegesetz müsste dieser nicht mehr geführt werden. In der Finanzstrategie wird er als selbstauferlegte Regelung fortgeführt. Der Ausgleich des Budgets gemäss § 92 betrifft den zulässigen Aufwandüberschuss. Dieser dürfte für Schlieren 10 Mio. Franken betragen, was mit aktuell 1.9 Mio. Franken problemlos eingehalten wird. Bei den selbstauferlegten Regelungen, zu denen gehört der mittelfristige Ausgleich aktuell auch, gibt es eine Regelung zu den Spezialfinanzierungen und Gemeindebetrieben. Hier ist die Rechnung 2018 massgebend. Bei der Gasversorgung muss eine Entnahme budgetiert werden. Weitere Massnahmen sind keine zu treffen. Die Entnahme wurde budgetiert, womit diese Regelung ebenfalls eingehalten wird. Die Nettoverschuldung basiert ebenfalls auf der Rechnung 2018. Auch hier sind alle Kriterien erfüllt, die Regelung wird eingehalten. Boris Steffen gibt einen Überblick über die Tätigkeit der Rechnungsprüfungskommission in Bezug auf die Behandlung dieser Vorlage. Während rund sieben Wochen bearbeitete die RPK das Budget an 6 Sitzungen und wendete ohne Vorbereitungszeit rund 12 Stunden pro Person auf. Dazu kommen sehr viele Stunden für Studium, Fragen und Anträge und auch die Stunden der Verwaltung für die Fragenbeantwortung und Vorbereitung auf die Debatte ist zu beachten. Der RPK wurden 161 Fragen eingereicht. Eine wurde gelöscht infolge Rückzugs. 60 wurden durch die RPK beantwortet. 100 wurden durch die Verwaltung beantwortet. Davon wurden zehn mit einer Nachfrage und zwei mit zwei Nachfragen beantwortet. Dies bedeutet nochmals eine unwesentliche Steigerung um vier Fragen im Vergleich zum letzten Jahr. Der grosse Unterschied fand vom Budget 2018 mit 105 zum Budget 2019 mit 157 Fragen statt. Die RPK empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrats auf Genehmigung des Budgets 2020 zuzustimmen. Gemäss Abschied empfiehlt die RPK mit 4:3 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten, den Steuerfuss auf 111 % zu senken. Durch Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel wurde der Hinweis platziert, dass es sich um einen 3:3-Entscheid mit Stichentscheid des Präsidenten handelt. Ein 4:3-Entscheid verlangt nicht nach einem Stichentscheid. Bevor die Debatte zum Steuerfuss geführt wird, weist die RPK auf eine Frage im Fragekatalog speziell hin. Die Frage lautet: "Was hat eine Senkung des Steuerfusses von 1, 2, 3, 4 oder 5 % im Budget 2020 auf den Ressourcenzuschuss für Konsequenzen? Mit welchen weiteren Konsequenzen wäre zu rechnen (Gesamtsicht)?" Eine Steuerfussreduktion bedeutet nicht nur, dass sich die Einnahmen um einen gewissen Betrag reduzieren. Die Senkung hat auch Auswirkungen auf den Ressourcenausgleich und weitere Bereiche. Konkret lautet die Antwort der Verwaltung: "1 Steuerprozent Fr. 479'000 (Rechnungsjahr 2020) + Finanzausgleich Fr. 129'000 = Fr. 608'000. Somit Fr. 608'000 pro Steuerprozent (Bsp. 5 Steuerprocente = 3'040'000). Zusätzlich spätere Wirksamkeit (statisch) Fr. 105'000 Steuerausfall (Vorjahre, Ausscheidungen usw.) pro Steuerprozent (Bsp. 5 Steuerprocente = Fr. 525'000). Die Konsequenz sind kurzfristige Einnahmeausfälle und zusätzliche Neuverschuldung (Verschiebung künftiger Generationen). Weiter ist noch nicht klar, wie hoch die Steuerausfälle der Reform im Kanton Zürich sein werden. Die Kompensationsmassnahme Härtefallausgleich aus der Steuervorlage 17 (SV17) ist ebenfalls als Ressourcenausgleich zu verstehen. Mit einer Steuerfussenkung (auch schon bei 1%) würden im Jahr des Referenzjahres 2020 die zusätzlichen ca. Fr. 400'000 entfallen." Fazit bei Senkung des Steuerfusses um 3 % im Budget 2020 gemäss RPK-Antrag: 1.437 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen im Rechnungsjahr 2020 und 387'000 Franken weniger Ressourcenzuschuss. = 1.824 Mio. Franken weniger. Das sind nur Annahmen. Zusätzlich in den kommenden Jahren hätte Schlieren auch weniger Steuereinnahmen von Fr. 315'000 aus den Vorjahren. Eine Berichtigung bei der Kompensationsmassnahme Härtefallausgleich muss gemacht werden. Die Antwort, dass die Fr. 400'000 Härtefallausgleich bei einer Steuerfussenkung entfallen, stimmt nicht. Nach Rücksprache beim Gemeindeamt Zürich und einer Anfrage via Kantonsrat beim Vorsteher der Finanzdirektion des Kantons Zürich ist festzuhalten, dass die erste Zahlung des Härtefallausgleichs im Jahr 2021 stattfinden wird. Eine allfällige Steuerfussenkung für 2020 hat darauf

keinen Einfluss. Bei einer Steuerfussenkung in den folgenden vier Jahren, wird Schlieren die Zahlung für das entsprechende Jahr verlieren.

Bericht der RPK-Mehrheit zum Steuerfuss 111 %

Boris Steffen erläutert die Gründe für den Antrag der RPK, der aufgrund seines Stichentscheids als Präsident bei Stimmgleichheit der Mitglieder zu Stande kam. Von einer Steuersenkung profitieren alle, die Steuern bezahlen, gleichermassen. Dies bedeutet nicht, dass alle denselben Betrag einsparen. Die Gegenseite wird argumentieren, dass von einer Steuersenkung nur die Reichen profitieren. Dies ist arithmetisch nicht korrekt. Auch wird immer die Progression vergessen, mit der die Steuerbelastung mehr steigt als der Nettoverdienst. Speziell für Stadtrat Pascal Leuchtmann schliesst Boris Steffen mit dem diesjährigen Votum korrekterweise diejenigen Steuerpflichtigen aus, welche nur die Personalsteuer von Fr. 24.00 pro Jahr bezahlen. Sie profitieren von einer Gemeindesteuerfussenkung nicht. Wer eine Steuerfussenkung in Betracht zieht, muss sich diverse Fragen stellen. Allen voran die Frage, ob man sich dies leisten kann. Wer das Budget, den Finanzplan und die Antworten des Stadtrats anschaut, wird diese Frage wohl verneinen. Bei den Rechnungsabschlüssen zeigt sich dann die Wahrheit. In den letzten Jahren waren die Abschlüsse viel positiver als die Budgets. Auch wenn man die öffentliche Hand nicht direkt mit der Privatwirtschaft vergleichen kann, möchte sich die Stadt zumindest in der Organisationsstruktur mit der Geschäftsleitung und so weiter, an die Privatwirtschaft annähern. Was noch fehlt, ist das ergebnisorientierte Denken aus Sicht der Finanzen. Zum Teil ist dies aufgrund übergeordneter Vorgaben gar nicht möglich und es ist die Verantwortung gegenüber der gesamten Bevölkerung zu tragen, aber die RPK-Mehrheit ist der Ansicht, dass diesbezüglich noch Spielraum besteht. Vielleicht sollten die selbstauferlegten Ziele viel enger an die Finanzen gebunden werden, wie überall in der Privatwirtschaft. Eine weitere Frage ist, ob eine Steuersenkung nachhaltig tragbar oder nur eine Massnahme für ein Jahr ist. Dies ist unter anderem auch von der Exekutive abhängig, die bei der letzten Steuersenkung gezeigt hat, dass wo ein Wille ist, auch ein Weg ist. Diese letzte Steuersenkung wurde durch die Exekutive selbst vorgeschlagen. Von verschiedenen Seiten hörte man im Vorfeld der Budgetdebatte, dass das Parlament heute nicht viel machen könne, dann sind die Ausgaben einfach gebundene Ausgaben. Dies wäre ein gangbarer Weg, wird aber wohl von einem Teil des Parlaments nicht goutiert. Boris Steffen empfiehlt den Exekutivbehörden Stadtrat und Schulpflege die finanztechnische Steigerung von gebunden nachzulesen. Sie findet sich im Gemeindegesezt unter Notbudget und nennt sich unerlässlich. Eine Steuersenkung wird automatisch auch Anpassungen mit sich ziehen, die einzelne Gruppen schmerzen. Das Parlament steht für alle natürlichen und juristischen Personen und nicht nur für Einzelne. Auch soll keine Kürzung bei den Angestellten der Stadt erfolgen. Auch sollen es jene, die es heute schon schwer haben, in Zukunft nicht noch schwerer haben. Doch Korrekturen werden unerlässlich sein. Es stellt sich auch die Frage nach dem richtigen Moment für eine Veränderung des Steuerfusses. Die RPK-Mehrheit ist überzeugt, den gibt es nie. Es wird immer eine Steuervorlage 17 oder anderes geben, dessen Auswirkungen noch nicht genau bekannt sind. Letztlich stellt sich auch noch die Frage, ob sich Schlieren nicht noch mehr verschuldet mit einer Steuersenkung. Wer den Finanzplan liest, sieht, dass sich Schlieren auch ohne Steuersenkung immer weiter verschuldet. Auch eine Steuererhöhung um 3 % würde daran nichts ändern. Es ist doch klar, dass Schlieren unmöglich mit der Erfolgsrechnung die geplanten Investitionen tragen kann. Schon gar nicht ist eine Entschuldung möglich. Die einzige Variante ist, dass Investitionen hinterfragt werden. Die Devise muss lauten, Bestehendes zu erhalten und Neues genau abzuwägen. So nach dem Motto "Lieber keine Eingangstore die offen stehen, da dies ökologisch in der kalten Jahreszeit unsinnig ist." Boris Steffen geht davon aus, dass die Anwesenden wissen, welches Investitionsprojekt gemeint ist.

Bericht der RPK-Minderheit zum Steuerfuss 114 %

RPK-Minderheitssprecherin Songül Viridén erklärt, dass allen Parteien noch bis im Juni 2019 klar war, dass die Stadt weiterhin sparen muss und das Entlastungsprogramm noch lange nicht ausgedient hat. Die RPK-Minderheit sieht die derzeitige Situation unverändert. Ausgaben und Einnahmen beeinflussen den Finanzhaushalt. Die Einnahmen sind primär von den Steuern abhängig. Mit dem Steuerfuss bestimmt die Gemeinde, wie hoch diese Einnahmen sind. Eine Steuerfussenkung widerspricht der zuvor gehörten Notwendigkeit des Sparens derzeit völlig. Dies haben alle jetzt schon erkannt. Im Grunde kann von Glück gesprochen werden, wenn diese Zeit des Wandels, die Schlieren gerade durchlebt, ohne eine Steuerfusserhöhung überstanden werden kann. Es gibt zwei

Situationen, in denen eine Steuerfussenkung angebracht wäre. Einerseits dann, wenn es der Stadt finanziell so gut geht, dass sie die kommenden Jahre auch mit weniger Einnahmen bewältigen kann. Das trifft für Schlieren nicht zu. Andererseits dann, wenn die Stadt mit einer Steuerfussenkung versucht, attraktivere Steuerzahlende oder neue Unternehmungen anzulocken. Mit einem Steuerfuss von 111 % gelingt dies wohl kaum. Andere Gründe spielen eine viel grössere Rolle. Dies sind zum Beispiel eine gute Infrastruktur, gute ÖV-Anbindungen, eine gute Standortförderung, gute Schulen, ausreichend Betreuungsangebote, Kulturangebote und so weiter. Auch gibt es auf der Ausgabenseite verschiedene nicht beeinflussbare Faktoren, welche den Bedarf an Steuereinnahmen in die Höhe treiben können. So zum Beispiel einen starken Zuwachs an Kindern, worauf die Gemeinde viel in die Betreuungs- und Bildungsangebote investieren muss. An genau diesem Punkt steht Schlieren derzeit. Inmitten eines grossen Wachstums mit grossem Wandel. Die Steuerfussenkung zum jetzigen Zeitpunkt ist wirtschaftlich betrachtet absolut unverantwortlich. Die RPK-Minderheit empfiehlt dem Parlament, den Antrag auf Steuerfussenkung abzulehnen.

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel dankt dem Parlament im Namen des Stadtrats für die vorzeitige Zustellung der Anträge. Sie führt aus, dass das Parlament heute seine Verantwortung wahrnimmt, in dem es bestimmt, wie viel Geld für die Erfüllung städtischer Aufgaben zur Verfügung steht. Der Staat soll sich schlank sparen oder halt schlank gespart werden. Welchen Fettpölsterchen will das Parlament an den Kragen gehen? Das Wohl aller, auch derer, die nicht wählen können, ist im Auge zu behalten. Das Parlament ist gebeten, langfristig zu denken. Leben, arbeiten und wohnen ist auch in Schlieren nicht gratis zu haben. 1'100 neue Einwohnerinnen und Einwohner werden 2020 erwartet. Das bringt grosse Herausforderungen mit sich. Gewünscht wird eine sehr gut funktionierende Infrastruktur, gute Schulen, gute Bildung, Alter, Pflege und Sozialwesen werden immer kostenintensiver. Es ist anspruchsvoll, all diese Errungenschaften sicherzustellen. Heute werden Weichen für den Alltag, die Qualität und die Zukunft von Schlieren gestellt. Es wird über Zahlen und Beträge verhandelt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass dahinter Menschen mit ihren Geschichten stehen.

Eintretensdebatte

Hans-Ueli Etter (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP mit dem vorliegenden Budget mehr oder weniger einverstanden ist, sich aber auch für eine Steuerfussreduktion von 3 % ausspricht. Mehr oder weniger heisst, dass die Fraktion SVP einige Streichungsanträge zum Budget 2020 präsentiert. Die Stadt gibt einfach viel zu viel Geld aus, was sie in wenigen Jahren einholen wird. Es ist nun an der Zeit, das Geldausgeben zu bremsen. Es soll nicht auf Kosten des Personals gespart werden. Kein einziger der Streichungsanträge richtet sich konkret gegen das Personal, obwohl man hier am schnellsten Geld sparen kann. Tag für Tag wird das Prozedere aufgezeigt und das Heil in dieser Strategie gesucht. Die Streichungsanträge richten sich gegen unnötige, zu grosszügige oder sogar überflüssige Ausgaben und Investitionen. Insbesondere bei den Investitionen muss auf die Bremse getreten werden. Schlieren kann sich nicht jede Luxusbaute und jede noch so schöne gute Idee bei einem Neubau leisten. Die finanzielle Lage der Stadt ist angespannt und der Bogen wird in den nächsten Jahren mit den anstehenden Investitionen überspannt. Die Folgen eines solch überspannten Bogens sind bekannt. Es ist Zeit, den verantwortlichen Personen zu zeigen, dass es so nicht weitergehen kann. Auf diese Art ist die vorgeschlagene Steuerfussreduktion zu verstehen. Gegenüber der Regierung wird aufgezeigt, dass weniger Geld zur Verfügung steht. Die Fraktion SVP hofft, dass dieses Zeichen auch so wahrgenommen wird. Der SVP ist auch klar, dass Reduktionen alle schmerzen werden. Sie ist aber bereit, diesen Schmerz zu ertragen beziehungsweise mitzutragen. Die SVP Fraktion bedankt sich bei den beteiligten Personen im Stadtrat, den Kaderleuten in der Finanzabteilung und generell beim Personal der Stadtverwaltung. Sie machen einen guten Job und die SVP ist stolz darauf, solche Leute in der Schlierener Verwaltung zu haben. Obwohl man dies der SVP unterstellt, ist nochmals zu betonen, dass sich die Sparanträge, Sparbemühungen und Kosteneinsparungen nicht gegen das Personal richten. Die Fraktion SVP ist für Eintreten in die Budgetdebatte 2020.

Heidemarie Busch (CVP/EVP) dankt im Namen der Fraktion CVP/EVP allen beteiligten Personen, damit der Stadtrat seine Aufgabe, beziehungsweise Pflicht, dem Parlament das Budget vorlegen zu können, wahrnehmen kann. Das Budget ist eine Annahme, was man erreichen will. In den letzten

Jahren kamen mit den Rechnungsabschlüssen immer wieder grosse Überraschungen, weil der Abschluss gegenüber dem Budget viel besser geworden ist. Die Fraktion CVP/EVP sieht die Möglichkeit für andere Einnahmen und unterstützt die Empfehlung der RPK und ist für Eintreten in die Budgetdebatte.

Roger Seger (SP) erklärt für die Fraktion SP/Grüne, dass sich die Qualität des Wohlstands nicht anhand einer privilegierten Minderheit von Wohlverdienenden misst, sondern das Resultat einer ausgewogenen Gesellschaft ist, in der auch die Schwächsten ihren Platz haben. Die Bürgerlichen begehren, die Sozialausgaben zu reduzieren, was bei einer Steuerfussenkung unumgänglich wäre. Das ist der falsche Weg. Sollen sich die Sozialausgaben auf einem vernünftigen Niveau bewegen, so müssen die Schwächsten gestärkt werden. Alle wissen, dass wer in Sozialhilfe aufgewachsen ist, ein hohes Risiko birgt, als Erwachsener ebenfalls in derselben zu landen. Dort ist mit dem Ergreifen von Massnahmen anzusetzen. Doch welche ergänzenden Förderungsmassnahmen bleiben beispielsweise für Menschen übrig, die in einem bildungsfernen Umfeld aufwachsen, wenn die entsprechenden Budgetposten gestrichen oder reduziert werden müssen? Bestimmt würden jene Posten gestrichen werden, die auf den ersten Blick nicht notwendig erscheinen, jedoch Massnahmen enthalten, die langfristig die berufliche Integration von Menschen ermöglichen, die sonst verloren gehen. Aber genau jene Menschen müssten bereits in der frühen Kindheit, beispielsweise mit Sprachförderung, unterstützt werden. Um langfristig zu sparen, muss kurzfristig investiert werden. Das Parlament wird gebeten, sich auf dieses kurzfristige Spardenken, für das später ein hoher Preis bezahlt werden muss, nicht einzulassen. Das Parlament soll ein Budget unterstützen, das allen eine Chance gibt, ihren Lebensunterhalt selbständig zu bestreiten und ihren Lebensabend fern von Armut zu verbringen. Das ist langanhaltender Erfolg.

Dominic Schläpfer (FDP) veranschaulicht sein Votum mit einem Luftballon und versichert, dass es heute keinen Knall gibt. Die Fraktion FDP beabsichtigt auch nicht, das Budget zu zerfetzen. Von der FDP hört man aber auch nicht nur warme Luft. Die FDP ist dezidiert der Meinung, dass das Budget 2020 aufgebläht ist und noch Luft nach oben besteht. Die FDP dankt allen Personen, die nach bestem Wissen und Gewissen versucht haben, das kommende Geschäftsjahr zu prognostizieren. Im Speziellen geht der Dank an Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften Oliver Küng und sein Team, das unter der Führung von Ex-FDP-Stadträtin Manuela Stiefel, die Dokumente in einer Form verfasst haben, die es Miliz-Parlamentariern ohne akademische Finanzausbildung erlaubt, sich ein Urteil zu bilden. Mit der Gewaltentrennung soll sichergestellt werden, dass unter anderem der Finanzhaushalt von unterschiedlichsten Interessengruppen beleuchtet wird. Zum Votum von Roger Seger ist zu sagen, dass die FDP voll und ganz hinter diesem System steht. Deshalb scheut sie sich auch nicht, die Budgets der Abteilungen der eigenen Stadtratsmitglieder, beziehungsweise der bis vor kurzem noch unter der FDP-Flagge segelnden Stadträtinnen, auf Sparpotenzial zu durchleuchten. Dafür wurden die FDP-Parlamentsmitglieder von den ihnen vertrauenden Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Einer der liberalen Grundsätze lautet, dass der Staat für die Bürger da ist und nicht umgekehrt. Die FDP stellt mir Besorgnis fest, dass die Ausgaben der öffentlichen Hand jährlich steigen. Selbstverständlich attestiert die FDP, dass mit dem Bevölkerungszuwachs gewisse Aufgaben zunehmen. In den letzten Jahren wurden Versprechungen zu Kostensenkungen gemacht. Die Digitalisierung, die Anstellung eines Geschäftsleiters unter anderem für straffe Personalentscheide und so weiter. Passiert ist das Gegenteil. Insbesondere der teuer zu Buche schlagende Personalaufwand steigt Jahr um Jahr. Die Abteilungen Sicherheit und Gesundheit und Soziales könnten sich einigermaßen einfach auf gestiegene Aufgaben berufen. Beide machen vor, dass es auch anders geht und senken ihre Budgets im Vergleich zum Vorjahr. Oder der Feuerwehrkommandant, der mit einigen Top-down-Entscheidungen flugs Fr. 80'000 gespart hat. Die FDP wird im Rahmen der Budgetdebatte verschiedenste Anträge stellen, die das Einsparungspotenzial aufzeigen. Sollten sie die Zustimmung der Parlamentsmehrheit finden, wird die Reduktion im Rahmen zwischen Fr. 1 und 2 Millionen liegen. Also in etwa 1 Steuerprozent. Hart aber fair. Als auf Druck der FDP vor einigen Jahren der Steuerfuss gesenkt wurde, ging dasselbe Gejammer los, wie es insbesondere von der SP und den heute wohl mal wieder mehr grün als liberalen zu hören sein wird. Passiert ist nichts. Im Gegenteil. In den letzten Jahren waren die Budgetüberschüsse allesamt um mehrere Millionen Franken im Plus. Für Budgetabweichungen hat die FDP bei einem so komplexen Haushalt wie jener der Stadt mit Fr. 170 Millionen vollstes Verständnis. Gleichzeitig ist die FDP der Meinung, dass Schlieren solid aufgestellt ist. Schlieren ist im

Aufbruch, ideal gelegen mit Zürich und Naherholungsgebieten vor der Türschwelle. Die FDP ruft Privaten und juristischen Personen zu: "Don't just visit Schlieren – make it your homebase!" Deshalb unterstützt die FDP die Steuerfussenkung. Die Bürgerinnen und Bürger, die nicht zuletzt in den letzten Jahren auch unter der grossen Bautätigkeit gelitten haben und es teilweise noch immer tun, sollen finanziell entlastet und von der positiven Entwicklung angesteckt werden. Vergleicht man die Steuerfüsse mit den Nachbargemeinden der Stadt Zürich sieht man, dass nach Ansicht der FDP erhebliche Luft um 3 % nach unten besteht. 108 Gemeinden im Kanton Zürich haben einen tieferen Steuerfuss als Schlieren. Den neuen Slogan für die Standortförderung liefert die FDP als Bonus sogleich gratis mit: "Schlieren? 1 - 1 – 1 !" Die FDP ist für Eintreten in die Budgetdebatte 2020.

Songül Viridén (GLP) dankt im Namen der Fraktion GLP den Mitarbeitenden der Abteilung Finanzen, ihrem Abteilungsleiter und dem Stadtrat herzlich für ihre geleistete Arbeit. Auch für das Beantworten der grossen Menge an Fragen, die via die RPK gestellt wurden. Obwohl der Fraktion GLP klar ist, dass Schlieren in den nächsten Jahren im Bereich der Investitionen den Gurt immer noch eng schnüren muss, so stellt die GLP doch fest, dass sich auch ganz deutlich erkennen lässt, dass das Entlastungsprogramm funktioniert und Früchte trägt. Auch wenn dies für die Stadt und die Bewohner in mancher Hinsicht sicherlich kein Zuckerschlecken ist. Das Tal ist in finanztechnischer Hinsicht noch lange nicht durchquert. Umso mehr freut sich die GLP, dass das Budget so ausgestaltet werden konnte, dass derzeit noch auf eine Steuerfusserhöhung verzichtet werden kann. Auch in Zukunft gilt es, noch weiter zu sparen. Der GLP ist wichtig, dass an der richtigen Stelle gespart wird, damit Schlieren nicht zum unattraktiven Entlein gespart wird. Die GLP ist für Eintreten in die Budgetdebatte 2020.

Thomas Widmer (QV) meint, mal ehrlich. Eigentlich geht es Schlieren in finanzieller Hinsicht gut. Viele Zahlen sind sicherlich unterdurchschnittlich, aber die sind seit Jahren schlecht. Schlieren hat auch gute Finanzzahlen wie zum Beispiel das Eigenkapital, das sich massiv über dem vorgegebenen Minimum bewegt. Schlieren hat einen gut funktionierenden Verwaltungsapparat, eine Finanzvorsteherin mit ihren Kollegen vom Stadtrat, die ihr Handwerk verstehen und es immer wieder schaffen, die finanziellen Ziele zu erreichen, die man anhand der Planung dieser jährlichen Budgetdebatte jährlich freigegeben hat. Die geplanten Aufwandüberschüsse verwandeln sich Jahr für Jahr in Ertragsüberschüsse. Eventuell auch dank der sehr gut funktionierenden Wirtschaftsförderung. Sehr interessant ist der Umstand, dass in Budgetdiskussionen immer nur über Streichungen gesprochen wird. Was heisst das eigentlich? Wenn Thomas Widmer das richtig versteht heisst das, dass das Parlament mit den Leistungen der Stadt, dem Service und der Qualität die die Stadt mit den zur Verfügung stehenden Steuergeldern erbringt, zufrieden ist. Wäre dem nicht so, würden viele Anträge zu Budgeterhöhungen erfolgen, weil jeder Mehrleistungen oder eine bessere Qualität wollen würde. Aber nein, das Parlament ist zufrieden mit dem Service. Das ist ein Fakt, den man nicht vergessen darf. Da in den vergangenen Jahren regelmässig einen Überschuss erwirtschaftet wurde und auch ein Entlastungsprogramm mit Wirkung umgesetzt wurde und die Wirtschaftsförderung und Wirtschaft selbst weiterhin Früchte tragen, sieht der Quartierverein es als richtig, die Bürger in Schlieren ein bisschen zu entlasten. Eine Reduktion des Steuerfusses ist somit angebracht. Als Vorabinfo im Sinne einer effizienten Budgetsitzung: Der QV stellt seinen angekündigten Antrag auf einen Steuerfuss von 109 % nicht. Er wird sich dem Antrag der RPK-Mehrheit auf 111 % anschliessen. Einer Reduktion der Leistungen wird auch nicht zugestimmt. Vergangene Jahre haben gezeigt, dass genügend Geld vorhanden ist, um die gewohnten Leistungen in gewohnter Qualität zu erbringen. Der QV will keine Leistungsreduktion. Er ist zufrieden, so wie es ist. In Zeiten, in denen Ertragsüberschuss erwirtschaftet wird, ist es an der Zeit, die Steuern zu reduzieren. Der QV ist für Eintreten in die Budgetdebatte 2020.

Da kein Rückweisungsantrag vorliegt, erfolgt die Detailberatung.

Detailberatung zum Budget 2020

Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker ruft mittels Präsentation und Erläuterung, die wichtigsten rechtlichen Hinweise zu Anträgen zum Budget in Erinnerung. So gilt bezüglich Anträge zu gebundenen Ausgaben § 14 Gemeindeverordnung: Verweigert das Budgetorgan die Aufnahme

gebundener Ausgaben ins Budget, kann der Gemeindevorstand diesen Beschluss beim Bezirksrat aufsichtsrechtlich überprüfen lassen. Zu Anträgen zu Gebühren gilt es zu beachten, dass ein Budgetantrag nicht die Gebührenverordnung überstimmt. Auszugsweise wird aus Seite 545 aus dem Kommentar zum Gemeindegesetz zitiert: Werden die Gebührenerträge im Budget mittels Änderungsantrag erhöht, bedeutet dies nicht eine Änderung der zu erhebenden Gebührenansätze. Diese können nur auf dem Weg der Rechtsetzung (Änderung Gebührenordnung durch Gemeindeparlament oder Änderung Gebührentarife durch Behörden) erhöht werden. Zu Anträgen zu im Parlament hängigen Vorlagen ist auf § 99 Abs. 4 Gemeindegesetz zu verweisen. Für voraussehbare Ausgaben, für die bei der Beschlussfassung über das Budget die rechtskräftige Bewilligung der Stimmberechtigten oder des Gemeindeparlaments noch aussteht, werden die Budgetkredite mit einem Sperrvermerk aufgenommen. Sie bleiben gesperrt, bis die Bewilligung rechtskräftig ist. Zur besseren Strukturierung erfolgt die Detailberatung des Budgets entsprechend den Kapiteln.

1. Bericht, Anträge und Beschlüsse (S. 4-19)

Zu diesem Teil des Budgets gehen keine Wortmeldungen bzw. Anträge ein.

2. Übersicht Budget (S. 20-28)

Zu diesem Teil des Budgets gehen keine Wortmeldungen bzw. Anträge ein.

3. Erfolgsrechnung nach Sachgruppen/Funktionen/Institutionen (S. 30-34)

Zu diesem Teil des Budgets gehen keine Wortmeldungen bzw. Anträge ein.

4. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung (S. 35-56)

4.1 Präsidiales (S. 36-37)

Antrag 1 Sarah Impusino (CVP)

Antrag auf Reduktion Personalaufwand Gemeindeparlament um Fr. 36'000 (Kto. 130.3000.00), damit verbundene Kürzung der Konti Arbeitgeberbeiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten (130.3050.00) und AG-Beiträge an Familienausgleichskasse (130.3054.00)

Sarah Impusino erklärt, dass die Fraktion CVP/EVP beantragt, die genannten Konti aufgrund der Nicht-Einführung der EVO im Jahr 2020 zu reduzieren.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger bedankt sich für die Dankes-Voten. Und auch für jene, die eher kritisch votiert haben. Dankbar wäre Markus Bärtschiger auch, wenn die Stadt nicht nur mit Zürichsee-Gemeinden verglichen würde. Ein Limmattal-Vergleich wäre angebracht. Diese Gemeinden haben höhere Steuerfüsse trotz ähnlichen Problemen. Es gilt, nicht ausser Acht zu lassen, dass die Stadt nochmals massiv wächst im 2020. Das wird Wachstumsschmerzen mit sich bringen. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Diese Positionen widmen sich Streichungen zu laufenden Geschäften. Die neue Entschädigungsverordnung ist in der GPK hängig. Wird jetzt schon gestrichen, nimmt man die Diskussionen vorweg. Solange die EVO nicht durch das Parlament genehmigt ist, darf der Stadtrat das genehmigte Budget nicht einsetzen. Sobald die Vorlage im Parlament ist, kann sie noch immer abgelehnt werden und das Geld wird nicht ausgegeben. Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt, den Betrag zu streichen.

Abstimmung Antrag 1

Angenommen mit 25 zu 9 Stimmen.

Antrag 2 Olivia Boccali (CVP)

Antrag auf Reduktion Personalaufwand Stadtrat um Fr. 43'500 (Kto. 131.3000.00)

Olivia Boccali erklärt, dass die Fraktion CVP/EVP beantragt, das genannte Konto aufgrund der Nicht-Einführung der EVO im Jahr 2020 zu reduzieren. Da vergessen wurde, die weiteren damit zusammenhängenden Aufwendungen zu budgetieren, beschränkt sich der Antrag auf das genannte Konto.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger wünscht das Wort nicht.

Abstimmung Antrag 2

Angenommen mit 25 zu 9 Stimmen.

Antrag 3 Beat Kilchenmann (SVP)

Antrag auf Reduktion Sach- und Betriebsaufwand Stadtkanzlei um Fr. 3'000.00 für das Pilotprojekt Staatsarchiv (Fr. 72'000.00) und (Kto. 100.3130.00)

Beat Kilchenmann erklärt, dass auch Kleinvieh Mist macht. Er stellt den Antrag, das genannte Konto um Fr. 3'000 zu reduzieren, weil im SRB zum Pilotprojekt Staatsarchiv Kosten in Höhe von Fr. 72'000 aufgezeigt wurden.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger bestätigt, dass auch Kleinvieh Mist macht. In diesem Fall wichtigen Mist in Form von Sichtmappen, Aktenmappen und dergleichen. Der Vertrag wurde mit einer Klausel für sich verändernde Posten wie die Teuerung abgeschlossen. 2020 fällt dies nicht üppig aus. Aber die Stadt wird mehr als Fr. 72'000 ans Staatsarchiv bezahlen müssen. Ohne Materialien kann eine Archivarin nicht arbeiten. Archivieren ist übrigens eine Pflicht der Gemeinden.

Henry Jager (GLP) erklärt, dass er bei diesem Antrag über Fr. 3'000 seine Rolle als Parlamentarier reflektieren musste. Ist es wirklich Aufgabe des Parlaments über das Bleistift der Staatsarchiv-Mitarbeiterin zu entscheiden? Dieser Antrag ist ein schlechter Scherz. Nicht geeignet um das Budget substanziell zu verändern, sehr wohl aber geeignet um das Parlament zu beschäftigen und Mitarbeitende zu behindern.

Abstimmung Antrag 3

Angenommen mit 18 zu 16 angenommen.

Antrag 4 Boris Steffen (SVP)

Antrag auf Reduktion Personalaufwand Friedensrichteramt um Fr. 13'000.00 (Kto. 191.3010.00) und entsprechende Reduktion der damit verbundenen Konti 191.3050.00, 191.3052.00, 191.3053.00, 191.3054.00 und 191.3055.00

Boris Steffen fragt mit Verweis auf die Antwort im Fragekatalog, was die Lohnabsprache mit der Friedensrichterin ergab. Es geht nicht um ihren genauen Lohn, sondern wie hoch die Einsparung aufgrund der Lohnabsprache ist.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger spricht und diskutiert nicht über den Lohn der Friedensrichterin. Sie ist eingereiht in ein Lohnband und verdient aufgrund ihres Alters weniger als ihre Vorgängerin. Es handelt sich nur um eine Stelle. Das könnte man auch ausrechnen. Wäre die Frage in der RPK gestellt worden, hätte er Auskunft geben können. Öffentlich aber nicht.

Boris Steffen erklärt, dass das Öffentlichkeitsprinzip auch für gewählte Personen gilt. Das Parlament interessiert sich nicht für den Lohn, sondern für die Ersparnis.

Markus Bärtschiger erteilt keine weiteren Informationen.

Boris Steffen beantragt, das Lohnkonto Friedensrichteramt und alle damit verbundenen Lohn-Konti wie Arbeitgeberbeiträge, um Fr. 13'000 zu reduzieren.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass das Erstellen eines Budgets mit einer eigenen Schätzung ein befremdliches Vorgehen ist, das die SVP hier an den Tag legt.

Dominik Ritzmann (Grüne) schliesst sich Manuel Kampus an. Er hat heute sein Pendel leider nicht dabei. Die Fraktion SP/Grüne ist gegen diesen Antrag.

Abstimmung Antrag 4

Angenommen mit 20 zu 14 Stimmen.

4.2 Sicherheit und Gesundheit (S. 37-39)

Antrag 5 Heidemarie Busch (CVP)

Antrag auf Erhöhung des Personalaufwands Bürgerrechtskommission um Fr. 10'000.00 (Kto. 205.3000.00)

Abstimmung Antrag 5

Angenommen mit 25 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung.

4.3 Alter und Pflege (S. 39-41)

Antrag 6 Sarah Impusino (CVP)

Antrag auf Reduktion des Sach- & Betriebsaufwands Hotellerie um Fr. 24'000.00 (Konto 305.3144.00). Sollten sich in diesem Konto weitere Positionen für beispielsweise einmalige Installationen oder die Konfiguration einer neuen Telefonanlage befinden, sind diese zu benennen und ebenfalls zu streichen

Sarah Impusino erklärt, dass sich der Antrag der Fraktion CVP/EVP auf die geplante Miete einer neuen Telefonanlage bezieht. Beantragt wird, diese Kosten zu streichen und auch keine Investitionen für eine Übergangslösung bis zum Wechsel in ein neues Alterszentrum zu gewähren.

Ressortvorsteher Alter und Soziales Christian Meier erklärt, dass die Telefonanlage nicht nur zum Telefonieren genutzt wird, sondern der Notruf des Alterszentrums sowie die Spezialfussmatten, die einen Notruf auslösen, wenn Weglaufgefährdete das Gebäude verlassen, funktionieren über diese Anlage. Die Telefonanlage ist nicht einfach nur in die Jahre gekommen, sondern es gibt ab April 2020 weder Reparaturen noch Ersatzteile. Braucht man technische Unterstützung, wird niemand kommen. Eine Ersatzanlage lässt sich nicht in einem Tag beschaffen und wäre mit gebundenen Kosten verbunden. Meist führt dies zu keinen guten Lösungen. Zum Zeitpunkt der Budgetierung lagen noch keine Offerten vor. Zwischenzeitlich sind diese eingetroffen. Wenn der Antrag um Reduktion auf Fr. 14'000 verkleinert würde, liesse sich alles wie geplant realisieren. Christian Meier bittet darum, diesen Vorschlag zu prüfen.

Sarah Impusino stellt einen Ordnungsantrag für ein Time-Out zur Beratung des Vorschlags von Christian Meier.

Abstimmung Antrag Time-Out

Der Antrag wird mit grossem Mehr genehmigt. Es erfolgt keine Auszählung der Stimmen.

Sarah Impusino erklärt, dass sie bereit ist, den Betrag ihres Antrags anzupassen. Sie fordert neu eine Reduktion um Fr. 10'000. Es folgt eine kurze Debatte mit diversen Zwischenrufen darüber, ob nun eine Reduktion gemäss Vorschlag von Christian Meier in Höhe von Fr. 14'000 anstelle von Fr. 24'000 erfolgen soll oder gemäss modifiziertem Antrag von Sarah Impusino in Höhe von Fr. 10'000 anstelle von Fr. 24'000.

Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker lässt abstimmen über:

Antrag auf Reduktion des Sach- & Betriebsaufwands Hotellerie um Fr. 10'000.00 (Konto 305.3144.00)

Abstimmung modifizierter Antrag 6, neu Antrag um Reduktion um Fr. 10'000

Angenommen mit 34 zu 0 Stimmen.

Antrag 7 John Daniels (FDP)

Antrag auf Reduktion des Sach- und Betriebsaufwands um Fr. 10'000.00 um die Ausgaben für Teambildung von Fr. 20'000.00 auf Fr. 10'000.00 (Konto 363.3199.00) zu kürzen

John Daniels verweist auf die im Fragekatalog gestellte Frage und deren Antwort. Gemäss Antwort enthält der Betrag unter anderen Positionen auch vier Jahreskarten für den Zoo Zürich. Wenn man mit seiner Familie den Zoo besucht, so stärkt man seine Familie, aber nicht das Team im Alterszentrum.

Ressortvorsteher Alter und Soziales Christian Meier bedauert, dass die unglücklich formulierte Antwort diesen Antrag zur Folge hat. Er klärt, dass sich das Geld auf diesem Konto nicht im Eigentum der Stadt befindet. Es handelt sich um Spenden, Geschenke und Trinkgelder, wie man sie aus dem Gastgewerbe kennt, von Bewohnerinnen und Bewohnern und deren Angehörigen. Früher besass jedes Stockwerk im Alterszentrum seine eigene Teamkasse. Da mit diesem System beispielsweise die Angestellten der Küche nie etwas erhielten, führte man alle Kassen zu einem Konto zusammen. Die Revisionsstelle hat darauf hingewiesen, dass sich auf diesem Konto zu viel Geld befindet, weshalb 2020 eine grössere Entnahme geplant ist. Es gilt nicht zu diskutieren, ob die Zoo-Jahreskarten sinnvoll sind oder nicht. Dieses Konto hat auf den Steuerhaushalt der Stadt keinen Einfluss, weshalb der Antragsteller gebeten wird, den Antrag zurückzuziehen.

Henry Jager (GLP) weist darauf hin, dass sich sein Votum nicht auf die Legitimität der Kürzung bezieht. Er weist darauf hin, dass die Ausgaben in Höhe von Fr. 20'000 für Teambildung auf einer Mitarbeitendenumfrage, die sehr tiefe Werte bei der Mitarbeitendenzufriedenheit und dem Teamverhalten ergeben haben, basieren. Die Massnahmen dienen der Motivation der Mitarbeitenden und zur Teambildung. Liegt den Bürgerlichen ein Massnahmenplan über die Aktivitäten, abgesehen von den vier Zoo-Karten, vor? Welche Massnahmen genau sollen gestrichen werden und wie teuer sind diese? Im Parlament ein Mikromanagement zu betreiben ist wenig seriös. Das ist ein Vertrauensentzug gegenüber der operativen Führung. Wenn diese Fr. 10'000 in Relation zum Budgetvolumen von 170 Mio. Franken gestellt werden und die Kosten, die aufgrund von krankheitsbedingten Absenzen und Leistungsabfall von demotivierten Mitarbeitenden berücksichtigt werden, ist diese Kürzung nicht zu rechtfertigen. Wer in der Pflege arbeitet, ist oft überfordert und überlastet. Die Ausgaben für Teambildung sind eine wichtige und lohnende Investition.

Sarah Impusino (CVP) fragt, wieso dieses Konto im Budget aufgeführt ist, wenn es nicht der Stadt gehört.

Christian Meier sagt, dass ihm dies nicht bekannt ist.

Kushtrim Aziri (SP) erläutert, dass die Fraktion SP/Grüne Sparvorhaben, die gründlich durchdacht sind, gerne unterstützt. Es handelt sich hierbei um eine Investition in die Zusammenarbeit und die Förderung der extrinsischen Motivationsquellen. Die Ausgaben fördern den Zusammenhalt unter Kollegen oder bieten an, nach einer strengen Arbeitswoche einen Ausflug mit Arbeitskollegen oder der eigenen Familie zu geniessen. Die Fraktion appelliert an das Gemeindeparlament, diesen Antrag nicht zu unterstützen.

Gaby Niederer (QV) schliesst sich dem Votum von Henry Jager an und hält ergänzend fest, dass es für Pflegeinstitutionen schwierig ist, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Fluktuation ist ein Kostentreiber. Ausgaben in Höhe von Fr. 10'000 sind nichts gegenüber den Kosten, die entstehen

wenn jemand gekündigt hat. Für Suche, Einarbeiten etc. wird viel mehr Aufwand generiert. Auch geht jeder Personalwechsel zu Lasten der Betreuten und den ehemaligen Teamkolleginnen.

Boris Steffen (SVP) weist darauf hin, dass sich dieses Geld über viele Jahre geäuft hat, was auch durch die Revisionsstelle so festgestellt wurde. Es war nicht plötzlich einfach da. Die bürgerlichen Parteien Schlieren (BPS) sind für eine gesunde, massvolle Reduktion, damit auch die Mitarbeitenden in den nächsten Jahren noch davon profitieren können. Alles auf einmal rauszuhauen ist nicht richtig.

Rixhil Agusi (SP), fragt den Antragsteller, ob er seinen Antrag zurückziehen möchte. John Daniels verneint. Rixhil Agusi fragt John Daniels, ob er das Geld der alten Menschen und deren Angehörigen einkassieren und sich bereichern will. Sie schlägt vor es zu unterlassen, diesen Antrag zu stellen und über das Sparen zu reden, wenn es um die Steuersenkung geht, weil sich dann mehr sparen lässt.

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel erklärt, dass das Geld zweckgebunden ist. Unter HRM 2 handelt es sich um eine sogenannte Sonderrechnung. Wird das Konto reduziert, ist dies auszuweisen. Die Revision hat festgestellt, dass das Konto unter dem Aspekt, dass es für das Personal zum Gebrauchen gedacht ist, einen zu hohen Saldo aufweist. Im Jahr 2018 ist es beispielsweise bereits schon wieder um Fr. 8'000 gewachsen. Mit diesen Fr. 20'000 soll es nun zeitnah einen verträglichen Saldo aufweisen. Das Parlament darf beschliessen, dass diese Reduktion langsamer erfolgen soll. Das Parlament dürfte die Gelder nur zu keinem anderen Zweck einsetzen. Sie weist nochmals darauf hin, dass dieser Budgetbetrag aufgrund der Anregung durch die Revisionsstelle aufgenommen wurde.

Abstimmung Antrag 7

Angenommen mit 18 zu 16 Stimmen.

Soziales (S. 41-43)

Zu diesem Teil des Budgets gehen keine Wortmeldungen bzw. Anträge ein.

Bildung und Jugend (S. 43-45)

Antrag 8 Daniel Tännler (SVP)

Antrag auf Reduktion des Sach- und Betriebsaufwands Informatik um Fr. 70'000 (Kto. 501.3130.00)

Daniel Tännler erklärt, dass die heterogene Umgebung in der Schule gemäss Vorlage ICT-Infrastruktur hohe Kosten bei der Betreuung verursacht. Die Betreuung erfolgt unter anderem durch externe Dienstleister. Im Jahr 2020 werden sämtliche Schulen in Schlieren mit neuen Infrastrukturen ausgerüstet. Der Stadtrat versprach explizit weniger Kosten für externe Dienstleister. Nun sind sie doch erhöht worden.

Ressortvorsteherin Bildung und Jugend Bea Krebs erklärt, dass die Budgetsitzung nie derjenige Tag sein wird, an dem sie sich Lorbeeren holen kann. Im Ressort Bildung und Jugend sind die Ausgaben stets hoch. Das ist aber gut ausgegebenes Geld, das kann mit voller Überzeugung festgehalten werden. Bei der Bildung zu sparen wäre zu kurzfristig gedacht. Im Fragebogen der RPK wurde begründet, dass hier die Kosten für die externe Wartung durch Comdat und die Telefonie betroffen sind. Dass der Kürzungsantrag diese Positionen betrifft, wurde eben erst aus den Ausführungen klar. Die geforderte Kürzung ist nicht möglich. Entweder wird die Stadt vertragsbrüchig mit der Comdat oder es stehen keine Gelder mehr für Telefonie und Internet zur Verfügung. Überdies könnten diese Tätigkeiten nicht durch eigenes Personal ausgeführt werden. Hier geht es um die Wartung externer Systeme. Dies ist nicht zu vergleichen mit den Wartungskosten früherer Jahre. Den Comdat-Vertrag gibt es seit der neuen Infrastruktur im Schulhaus Reitmen. Nun lässt es sich

effizienter arbeiten, weil die Geräte nicht vor Ort gewartet werden müssen. Hierbei handelt es sich um eine effiziente Kosteneinsparung. Bei 300 Mitarbeitenden eine Schulinformatik von 180 Stellenprozenten zu haben, ist eine kleine Schiene, auf der in diesem Fall gefahren wird. Das Parlament ist gebeten, diesen Antrag abzulehnen. Der Stadtrat weiss nicht, was er tun soll, wenn eine Annahme erfolgt. Es gäbe keine andere Lösung.

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass sich die Miete auf dem Konto 3161 befindet und um Fr. 100'000 höher. Zu diesem Konto besteht kein Zusammenhang.

Bea Krebs erklärt, dass im durch die Schulpflege verabschiedeten Budget geschrieben steht, dass die externe Wartung durch Comdat Fr. 67'000 beträgt und Internet, Telefonie allgemein Fr. 80'000. Es besteht kein Zusammenhang zur Datenleitung. Sondern es betrifft die gesamten technischen Anlagen.

Abstimmung Antrag 8

Angenommen mit 18 zu 16 Stimmen.

Antrag 9 Heidemarie Busch (CVP)

Antrag auf Reduktion des Sach- & Betriebsaufwands Schulpflege um Fr. 2'500.00 (Kto. 502.3130.00)

Heidemarie Busch beantragt für die Fraktion CVP/EVP die Dienstleistungen Dritter für die Erarbeitung der neuen Organisationsstruktur Geschäftsleitung/Schule zu streichen.

Ressortvorsteherin Bildung und Jugend Bea Krebs erklärt, dass sie trotz des geringen Betrags eine ausführliche Erklärung zu dieser geplanten Ausgabe abgibt. Das Parlament kann Kürzungen im Konto vornehmen, nicht aber über den Verwendungszweck des vorhandenen Betrags entscheiden. Der Antrag lässt eine grundsätzliche Ablehnung gegenüber einer Geschäftsleitung Schule erahnen. Immer wieder wird vom Parlament betont, dass es sich bei der Schulpflege um eine Laienbehörde handelt. Unlängst stellte die GPK in diesem Zusammenhang intensiv Fragen zur Professionalität bei den Mitarbeitendenbeurteilungen. Bei Kanton ist derzeit ein Geschäft hängig, das die Leitung von Gesamtschulen ermöglichen will. Damit wird die Miliztauglichkeit von Schulpräsidien wieder hergestellt. Diese ging 2007 mit der Einführung der Schulleitungen verloren. Für den Stadtrat ist nicht vorstellbar, dass das Parlament der Schule Schlieren keine zukunftsfähigen Strukturen bieten möchte. Die Schulpflege führte in der Vergangenheit viele Konzeptarbeiten selbst aus. Dies hat zwar Geld gespart, ist aber eigentlich nicht Aufgabe der Schulpflege. Der Stadtrat bittet um Ablehnung des Antrags. Anhand vom Organigramm der Stadt und der Schule wird aufgezeigt, was mit Geschäftsleitung gemeint ist. Gemäss Organigramm der Stadt Schlieren gab es 276 Stellen im 2018. Es gibt einen Geschäftsleiter und sieben Abteilungsleitungen, die die gesamte Organisation führen. Der sehr kleine Bereich Schule ganz hinten im Organigramm wird nun näher betrachtet. Dabei zeigt sich, dass die Schule 195 Stellen, besetzt mit 300 Mitarbeitenden hat. Die Schulpräsidentin führt 10 Kaderstellen. Wer meint, dass die Abteilungsleiterin Bildung und Jugend den Schulleitungen vorsteht, liegt falsch. Diese sind der Schulpräsidentin unterstellt. Zur Professionalisierung der Schule, sollte nicht die Schulpräsidentin 10 Kaderpersonen vorstehen. Und schon gar nicht mit den heute vorgesehenen 30 Stellenprozenten. Eine Leitung Bildung sollte dies übernehmen und professionell ausführen. Um dies zu überprüfen, sind die Fr. 2'500 für Externe vorgesehen. Der Stadtrat bittet das Parlament sehr darum, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung Antrag 9

Angenommen mit 18 zu 16 Stimmen.

Frage Hans-Ueli Etter (SVP)

Schulinformatik (Kto. 501.3010.00)

Hans-Ueli Etter erklärt, dass aufgrund der Teilverschiebung der Informatik von der Schule zur Abteilung Finanzen und Liegenschaften und dem Erklärungsversuch im Fragekatalog der RPK eine Frage resultiert. Gemäss Stellenplan wird in der Informatik Schule mit 0.2 Stellen zu einem Bruttolohn von ca. Fr. 51'000 gerechnet. Hochgerechnet auf eine Stelle wäre das ein Bruttolohn von Fr. 250'000. Ist es korrekt, dass die Stelle für den pädagogischen ICT-Support im Stellenplan vergessen ging? Um wie viele Stellenprozente geht es bei dieser internen Projektarbeit und ist diese zeitlich befristet?

Ressortvorsteherin Bildung und Jugend Bea Krebs erklärt, dass es sich um zwei Teile handelt. Die Fr. 51'000 teilen sich wie folgt auf: Es gibt im jetzt laufenden Schuljahr eine 20 % Stelle auf Niveau Lehrerlohn, der bei 100 Stellenprozenten ungefähr bei Fr. 100'000-140'000 pro Jahr liegt. Hier geht es also nicht um Technik, sondern um pädagogischen ICT-Support. Der Lehrplan verlangt, Schule und Informatik beim Unterricht zu vereinbaren. Ab Schuljahr 2020/21 ist mit 50 zusätzlichen Stellenprozenten zu rechnen, weil vor Ort Angestellte benötigt werden, die die Umsetzung vornehmen. Für die Intranetbetreuung sind auch noch 10 % einzuplanen. Gesamthaft ergibt dies eine 60 % - Stelle für Fr. 51'000.

Hans-Ueli Etter fragt, wo diese Stellen angesiedelt sind. Handelt es sich um zusätzliche Prozente, die die Lehrpersonen leisten müssen oder sind die Aufgaben in einer 100 %-Lehrpersonenstelle mit berücksichtigt?

Bes Krebs erklärt, dass der derzeitige PICTS im Gestaltungspool angesiedelt ist, weil sich der Kanton derzeit an diesen Kosten beteiligt. Vorgesehen ist, dies ab Schuljahr 2020/21 zu institutionalisieren. Angenommen wird, dass damit ein Teil davon auf den Berufsauftrag geht.

Hans-Ueli Etter erklärt, dass er auf einen Antrag verzichtet.

Parlamentspräsident Walter Jucker unterbricht die Parlamentssitzung für eine Pause von 15 Minuten gemäss § 37 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments.

Frage Boris Steffen (SVP)

Wie viele der 2.29 Stellen sind für den neuen Doppelhort Hofacker? (Kto. Bereich 515, S. 44)

Ressortvorsteherin Bildung und Jugend Bea Krebs erläutert, dass vorgesehen ist, während fünf Monaten eine Hortleitung zwischen 80 – 100 Stellenprozenten einzustellen. Dafür sind Fr. 38'000 berücksichtigt. Weiter ist eine Fachfrau Betreuung für 70 Stellenprozente für fünf Monate mit Fr. 19'000 vorgesehen. Der Hort wird 22 Plätze haben. Interessant ist, dass wenn die Löhne 24 % zunehmen, die Pensionskassenbeiträge um 35 % zunehmen. Auch spielt immer wieder eine Rolle, dass Anpassungen gemäss Bedarf während des Jahrs gemacht werden. Wichtig ist, den Inhalt der Volksschulverordnung zu kennen. Demgemäss „erheben die Gemeinden den Bedarf an Tagesstrukturen und stellen ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung. Unterdessen haben viele Abklärungen stattgefunden und für Folgeabklärungen kann auch ein vereinfachtes Verfahren zur Anwendung kommen.“ Die Schule Schlieren erhebt den Bedarf jedes Jahr über die frühzeitigen Anmeldungen, die eingehen und eingeführt wurden. Das wurde im Parlament schon thematisiert. Das Angebot zu beschränken ist gemäss Gesetzgebung nicht vorgesehen. Deshalb kann es auch unterjährig jederzeit eine Vergrößerung eines Horts geben.

Antrag 10 Boris Steffen (SVP)

Antrag auf Reduktion des Personalaufwands Tagesbetreuung um Fr. 57'000.00 (Kto. 515.3010.00); damit verbundene Reduktionen der Konti 515.3050.00, 515.3052.00, 515.3053.00, 515.3054.00 und 515.3055.00

Boris Steffen beantragt, die Fr. 57'000 zuzüglich aller im Zusammenhang mit dem Lohn stehenden Kosten wie diverse Arbeitgeberbeiträge für den Doppelhort Hofacker zu streichen. Der Doppelhort

wird Ende 2020 oder Anfang 2021 fertig. Sinnvoll aufgrund der Festtage ist, das Personal per 1. Januar 2021 einzustellen.

Ressortvorsteherin Bildung und Jugend Bea Krebs wünscht das Wort nicht.

Rixhil Agusi (SP) fragt Boris Steffen, ob er der neue Geschäftsleiter der Stadtverwaltung ist, der die Zahlen bekannt gibt und festlegt, wer wie viel zu verdienen hat und wer wie viel zu kürzen hat. Irgendwelche Zahlen während der Budgetdebatte auf den vorbereiteten Zetteln einzutragen ist nicht durchdacht. Sie fordert ihn auf, dies zu unterlassen.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt für die BPS, dass die Hausaufgabe, das Budget sorgfältig zu prüfen, erledigt wurde. Diese Position wurde gefunden, also erfolgt der Antrag, den es zu behandeln gilt.

Abstimmung Antrag 10

Angenommen mit 20 zu 14 Stimmen.

Antrag 11 Hans-Ueli Etter (SVP)

Antrag auf Erhöhung des Transferertrags Tagesbetreuung um Fr. 200'000 (Kto. 515.4637.01)

Hans-Ueli Etter erklärt, dass die Fraktion SVP beantragt, das genannte Konto um Fr. 200'000 zu erhöhen. Die Mitteilung des Bezirksrats wird Mitte 2020 erwartet. Da der Bezirksrat kaum eine konkrete Massnahme bekannt geben wird, erwartet die Fraktion SVP von der Schulpflege, dass sie die neuen Horttarife ab dem neuen Schuljahr so verrechnet, wie vorgesehen.

Ressortvorsteherin Bildung und Jugend Bea Krebs kann die Elternbeiträge nur schwer abschätzen. Der Erhöhung dieses Kontos durch das Parlament steht nichts im Weg. Das Parlament gibt der Schulpflege damit einen Anhaltspunkt, dass die Erhöhung angezeigt ist. Das hat aber keinen Einfluss auf die finale Tarifgestaltung. Wenn der Bezirksratsentscheid Mitte 2020 eröffnet würde, ist es der Schulpflege nicht mehr möglich, die Tarife per Schuljahresbeginn 2020/21 anzupassen. Die Anpassung könnte frühestens Anfang 2021 erfolgen. Der Bezirksratsentscheid müsste früher erfolgen, um im Jahr 2020 noch etwas zu ändern.

Rixhil Agusi (SP) erklärt, dass die Fraktion SP/Grüne schon wie letztes Jahr über diese Kosten diskutiert hat. Der Bezirksrat hat noch keinen Entscheid gefällt. Deshalb erachtet es die Fraktion SP/Grüne als nicht richtig, die Einnahmen jetzt zu erhöhen. Der Stadtrat kann die neuen Tarife nicht einführen. Welchen Nutzen hätte die Erhöhung des Budgets? Vielleicht bekommen die Rekurrenten Recht und die Schulpflege muss von vorne beginnen und ein neues Konzept aufbauen. Die Stadt arbeitet seit zwölf Jahren mit denselben Tarifen. Wieso soll es nicht noch ein Jahr länger gehen bis der Entscheid des Bezirksrats eingetroffen ist? Die Schulpflege hat sich 12 Jahre Zeit gelassen und was ist dann dabei rausgekommen? Ein Schnellschuss wurde auf die Beine gestellt. Das Budget soll nicht verändert, sondern so belassen werden. Auch wenn jene, die mehr als Fr. 100'000 an Einkommen versteuern, dafür büssen sollen. Aber genau diese Einnahmequelle muss doch für die Bürgerlichen enorm wichtig sein. Wollt ihr eure Wähler verärgern? Deshalb setzt sich die Fraktion SP/Grüne für alle ein. Hauptsache, die Kinder können in ihrem Hort bleiben. Die Fraktion SP/Grüne lehnt diesen Antrag deshalb ab.

Bea Krebs erklärt, dass die neuen Tarife während rund drei Jahren erarbeitet wurden. Das ist kein Schnellschuss.

Thomas Widmer (QV) fragt, wieso die Differenz zwischen dem Budget 2019 und 2020 so hoch ist, wenn im Budget 2020 die alten Tarife angewandt wurden?

Bea Krebs erklärt, dass der Stadtrat den neuen Hort Hofacker berücksichtigt und verweist im Übrigen auf den Fragekatalog der RPK. Es gibt einerseits mehr Kinder, andererseits welche, die den Hort neu länger besuchen, was zu mehr Bedarf an Plätzen führt.

Abstimmung Antrag 11

Angenommen mit 18 zu 16 Stimmen.

Fragen Daniel Tännler (SVP)

Personalaufwand Bereiche Sonderschulung und Schulpsychologischer Dienst (Kto. Bereich 550.30 und 555.30)

Daniel Tännler erkundigt sich zu den mehreren Varianten an Sonderschule, die in der Schule Schlieren betrieben wird. Es wird mit Assistenzen ohne pädagogische Ausbildung gearbeitet oder mit externen Unternehmen. Gleichzeitig wird der schulpsychologische Dienst ausgebaut. Die Fraktion SVP hinterfragt diese Strategie nicht. Sie fragt sich lediglich, weshalb die Kosten in all diesen Bereichen jedes Jahr steigen. Er zeigt dazu eine Übersicht über die Kostenentwicklung des Rechnungsabschlusses 2018, dem Budget 2019 und dem Budget 2020.

Ressortvorsteherin Bildung und Jugend Bea Krebs erklärt, dass Sonderschulung entweder extern in einer Institution stattfindet oder als integrierte Sonderschulung in den Regelklassen. Es werden keine Aufträge an externe Dritte erteilt, die diese Aufträge in der Schule Schlieren ausführen. Für die Sonderschulung in den Regelklassen werden Heilpädagoginnen und Heilpädagogen eingesetzt. Möglich ist auch, Assistentinnen und Assistenten einzusetzen. Das ist günstiger. Diese können in jenen Bereichen eingesetzt werden, in denen auch Hilfeleistungen nicht pädagogischer Natur zu erbringen sind. Es gibt einen Anstieg um rund Fr. 350'000 im Bereich der Klassenassistenten. Der Kindergarten Brandstrasse, der als Solitär geführt wird, kann nicht durch jemanden alleine betreut werden. Hier benötigt es eine Assistenz. Die Assistenzstellen waren nicht mehr zeitgemäss organisiert. Während vielen Jahren wurde dafür ein Stundenlohn von Fr. 25.00 bezahlt. Die umliegenden Gemeinden bezahlen in der Regel Fr. 35.00 pro Stunde, manchmal Fr. 30.00. Um die Stellen mit geeigneten Personen besetzen zu können wurde beschlossen, den Stundensatz auf Fr. 30.00 zu erhöhen. Schlieren liegt damit noch immer nicht in einem hohen Bereich. In diesem Konto schlagen auch noch Löhne für Vikariatsstellen aufgrund von Weiterbildungen zu buche. Schlieren ist daran interessiert, Weiterbildungen zu ermöglichen. Das sind beispielsweise Bereiche wie Deutsch als Zweitsprache oder Logopädie, Diese Personen benötigt Schlieren. Dann gibt es höhere Sozialleistungen bei der Pensionskasse zu bezahlen. Höhere Lohnausgaben aufgrund von mehr Bedarf gibt es in den Bereichen Deutsch als Zweitsprache, Begabtenförderung und Psychomotorik. Das sind allesamt Ausgaben, die aufgrund des Bedarfs zwingend zu tätigen sind. Deshalb können Budget und Rechnungsergebnis merklich voneinander abweichen.

Daniel Tännler fragt nach, ob er richtig verstanden hat, dass vom Rechnungsabschluss 2018 zum Budget 2020 die Ausgaben für Löhne und Weiterbildung um fast Fr. 100'000 steigen, was Bea Krebs bejaht.

4.6 Bau und Planung (S. 46)

Zu diesem Teil des Budgets gehen keine Wortmeldungen bzw. Anträge ein.

4.7 Werke Versorgung und Anlagen (S. 46-49)

Zu diesem Teil des Budgets gehen keine Wortmeldungen bzw. Anträge ein.

4.8 Finanzen und Liegenschaften (S. 50-56)

Antrag 12 Filippo Fiore (FDP)

Antrag auf Reduktion Personalaufwand ICT um Fr. 70'000.00 (Kto. 804.3010.00) und entsprechende Reduktion der damit verbundenen Konti (804.3050.00, 804.3052.00, 804.3053.00, 804.3054.00 und 804.3055.00)

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel erklärt, dass der Antragsteller Übernahme ICT-Schule und volle Wirksamkeit ICT-Bereichsleiter gelesen und einen Überlegungsfehler gemacht hat. In diesem Konto finden sich noch andere Positionen. Im Budget 2019 finden sich in diesem Konto Fr. 290'000. Im Budget 2020 sind es Fr. 592'000. Das gibt eine Differenz von Fr. 302'000. Die erklären sich durch die Übernahme der ICT der Schule. Alles, was mit ICT im Zusammenhang steht und nicht der pädagogischen Betreuung dient, ist neu im Bereich Finanzen und Liegenschaften zu finden. Fr. 162'000 von diesen Fr. 302'000 entfallen auf die Übernahme der ICT der Schule. Hier bestehen Anstellungsverhältnisse mit dem Personal. Es gibt die Berücksichtigung der Teuerung und Lohnentwicklung der bestehenden Mitarbeitenden. Das macht Fr. 5'000 aus, beziehungsweise ein Dienstaltersgeschenk von Fr. 7'200. Der Restbetrag von Fr. 128'000 der vollen Wirksamkeit der ICT-Bereichsleitung zuzuschreiben, das kann man machen oder nicht, zu Löhnen erfolgt kein Kommentar. Der Stellenplan wird durch den Stadtrat erlassen. Wenn das Parlament dieses Konto nun reduziert, müssen die Löhne der unbefristeten Anstellungsverhältnisse dennoch bezahlt werden. Das sind gebundene Ausgaben, die getätigt werden müssen. Auch bestehende andere Verträge sind einzuhalten. Der Vertrag mit der Comdat beispielsweise, ist ebenfalls einzuhalten. Nichteinhaltung kann Konventionalstrafen mit sich ziehen. Das führt zu Budgetüberschreitungen, die in der Rechnung begründet werden.

Abstimmung Antrag 12

Angenommen mit 18 zu 16 Stimmen.

Antrag 13 Boris Steffen (SVP)

Antrag auf Erhöhung der Gewinnsteuern juristischer Personen um Fr. 1'050'000.00 pro Steuerfuss 100 % (Kto. 808.4010.00)

Boris Steffen erklärt, dass die Fraktion SVP die Wirtschaftslage positiver als der Stadtrat beurteilt. Deshalb soll dieses Konto um Fr. 1'050'000.00 pro 100 % Steuerfuss erhöht werden. Blicke der Steuerfuss bei 114 % wären es Fr. 1'197'000.00.

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel verweist auf den Fragekatalog der RPK. Der Stadtrat fragt jene rund 70 Unternehmen an, die Fr. 30'000 oder mehr an Steuern bezahlen. Diese decken 80 % der Einnahmen ab. Deshalb beurteilt der Stadtrat das Ergebnis der Umfrage als repräsentativ. Bei der Umfrage zur Erstellung des Budgets 2020 hat der Stadtrat festgestellt, dass es den Unternehmen nicht so gut geht, wie auch schon. Dies gilt schon für dieses Jahr. Der Abschluss wird circa Fr. 900'000 unter dem Budget bleiben. Auch die Rechnung 2019 der Stadt schliesst mit einem Minus von mindestens 3 Mio. Franken. Die Erhöhung dieses Kontos führt zu Konsequenzen beim Ressourcenzususs, Konto 812.4621.50. Der Ressourcenzususs sinkt um jenen Betrag, um den die Steuerkraft auf dem Papier erhöht wurde. Die Annahme dieses Antrags ist somit ein Nullsummenspiel. Falls es den Unternehmen besser gehen würde, als jetzt prognostiziert, erhält die Stadt die Steuereinnahmen trotzdem. Heidemarie Busch wies darauf hin, dass das Budget eine Annahme ist. Diese Annahme ist fundiert und vertieft. Was wäre wenn der Stadtrat so positive Annahmen machen würde, dass das Parlament die Beträge reduzieren würde? Der Stadtrat hat kein Interesse daran, nicht zutreffende Annahmen im Budget zu berücksichtigen. Diese Zahlen entsprechen dem aktuellen Kenntnisstand. Wichtig ist zu beachten, dass der Ressourcenzususs per jetzt abgrenzt. Eine künstliche Veränderung der Steuerkraft hat bereits auf das nächste Jahr Auswirkungen.

Boris Steffen fragt, ob er richtig verstanden hat, dass der Ressourcenzususs auch lediglich die Annahme der Reduktion ist. Die effektive Reduktion erfolgt aufgrund der Jahresrechnung.

Manuela Stiefel erklärt, dass das Budget immer eine Annahme ist. Auch zur Festlegung des Kantonalen Mittels gibt es eine Annahme. Hier gibt es einen klaren Zusammenhang. Das sollten alle Anwesenden sehen.

Ordnungsantrag FDP-Fraktion auf 2 Minuten Time-Out

Grossmehrheitliche Zustimmung ohne Auszählung der Stimmen.

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass es seltsam anmutet, wenn die BPS die Steuerprognose anpassen wollen. Eine Schätzung, die an der tatsächlichen Situation nichts ändert, ergibt keinen Sinn. Hier liegt ein sogenanntes Buebetrickli vor, um die angestrebte Steuerfussenkung etwas weniger unrealistisch aussehen zu lassen.

Thomas Widmer (QV) fragt, ob mit Annahme des Antrags der SVP um Erhöhung der Steuereinnahmen gleichzeitig der Ressourcenausgleich um denselben Betrag gesenkt wird. So, dass sich das Ergebnis nicht verändert. Manuela Stiefel bejaht dies, unter der Voraussetzung, dass keine anderen Veränderungen erfolgt sind.

Abstimmung Antrag 13

Angenommen mit 18 zu 15 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Antrag 14 Boris Steffen (SVP)

Antrag auf Streichung von Fr. 440'000.00 für die Einrichtung eines Liegenschaftsfonds (Kto. 837.3511.00)

Boris Steffen erklärt, dass die Fraktion SVP die Mehrwertabschöpfung bei der Liegenschaft Rütistrasse auch 2020 nicht möchte. Schön wäre, wenn es einen griffigen Kniff gäbe, aus Liegenschaftsverkäufen wie beim Sandbühl-Verkauf eine Art Buchgewinn im Sinne einer Vorfinanzierung, wenn die Absichten des Verwendungszwecks schon bekannt wären, abzuschöpfen. Das wäre ein Vorteil. Aber unter diesen Umständen einen Liegenschaftsfonds einzurichten, lehnt die Fraktion SVP ab.

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel erklärt, dass die Situation dieselbe wie bei der Beschlussfassung über das Budget 2019 ist. Der Stadtrat möchte bei seiner grössten Liegenschaft Rütistrasse 12, 14, 16 und 18 einen Liegenschaftsfonds. Es handelt sich um eine Reservenbildung. Für Situationen wie Heimfall, Renovation, Rückbau oder ähnlich. Bei Liegenschaften im Verwaltungsvermögen werden Abschreibungen getätigt, im Finanzvermögen nicht. Die Fr. 440'000 sind insofern ein buchhalterischer Wert, weil sie keinerlei Einfluss auf die Selbstfinanzierung oder den Cashflow haben. Der Fonds dient der Entlastung künftiger Generationen. Die künftigen Generationen können dem Parlament egal sein oder auch nicht. Dem Stadtrat sind sie wichtig.

Abstimmung Antrag 14

Angenommen mit 24 zu 10 Stimmen.

5. Erfolgsrechnung funktionale Gliederung (S. 57-106)

Zu diesem Teil des Budgets gehen keine Wortmeldungen bzw. Anträge ein.

6. Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen (S. 107-120)

Antrag 15 Dominic Schläpfer (FDP)

Antrag auf Reduktion um Fr. 30'000.00 für Begleitung und Umsetzung Zentrumsentwicklung Schlieren von Fr. 70'000.00 auf Fr. 40'000.00 (INV00166 unter Position 600.5290.00 übrige immaterielle Anlagen)

Ressortvorsteher Bau und Planung Stefano Kunz weist darauf hin, dass nun mehrere Anträge zu seinem Ressort folgen und die Wortmeldungen beziehungsweise Erläuterungen dazu, teilweise identisch sind. Er stellt deshalb den Antrag, seine Redezeit anders einteilen zu können. Er wird mit einleitenden Worten zur baulichen Entwicklung von Schlieren starten und sich dann zu den jeweiligen Anträgen kürzer fassen. Die Redezeit wird insgesamt nicht überschritten.

Abstimmung über Antrag zur Einteilung der Redezeit

Angenommen mit grosser Mehrheit. Auf das Auszählen der Stimmen wird verzichtet.

Stefano Kunz erläutert, dass ihn eine Frage der RPK hellhörig werden liess. So stand dort in etwa: "Wozu braucht es noch Gelder für die Planung, die Stadt ist doch geplant?" Diese Frage zeigt auf, dass bezüglich Stadtplanung offensichtlich noch grosser Informationsbedarf besteht. Er wird dem Stadtrat deshalb beantragen, am nächsten Feierabendgespräch über die aktuelle Planung zu informieren. Die Stadtplanung ist abstrakt. Für die geordnete Entwicklung einer Stadt ist sie aber ein zentrales Element, das drei Ziele verfolgt. Erstens verständigen sich die verschiedenen Gruppen, welche bei der Erarbeitung von Dokumenten wie zum Beispiel dem Stadtentwicklungskonzept involviert sind, auf ein gemeinsames Verständnis, wie beziehungsweise wohin sich die Stadt entwickeln soll. Man spricht dabei deshalb oft von einem Zielbild. Zweitens dienen Dokumente wie das STEK oder die verschiedenen Richtpläne als Richtschnur für Antworten auf Fragestellungen aller Art, die die konkrete Umsetzung betreffen. Entsprechend haben diese Planungsinstrumente auch eine hohe Verbindlichkeit. Möchte nun ein Investor beim Bahnhof ein Hochhaus bauen, dann kann der Stadtrat ihm aufgrund des STEK's zumindest Gesprächsbereitschaft signalisieren, muss ihn aber zugleich darauf hinweisen, dass die Stadt noch nicht über ein Hochhauskonzept verfügt, auf das sie sich bei allfälligen Gesprächen mit dem Investor abstützen könnte. Drittens, und das ist weitaus das Wichtigste: Es gilt, sich als Stadt grösstmögliche Handlungsfreiheit zu erhalten. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn in Bereichen, die die Stadt betreffen, geplant oder gebaut wird und damit Fakten geschaffen werden, die die Stadt in der Umsetzung ihrer eigenen Ziele und Anliegen hindert oder diese gar verunmöglichen. Deshalb ist Planung so wichtig und deshalb muss sie vorausschauend erfolgen. Aktuell beschäftigen rund 30 planerische Fragestellungen aus Bereichen wie Hoch- und Tiefbau, Mobilität oder Naherholung mit Stichworten wie Gestaltungspläne, Familiengärten oder Veloschnellrouten die Stadt. Dank einer zusätzlichen Teilzeitstelle verfügt die Stadtplanung aktuell über 150 Stellenprozent. Dass diese angesichts der hohen Zahl an Planungsaufgaben bei Weitem nicht ausreichen und die Stadtverwaltung auf externe Unterstützung angewiesen ist, dürfte einleuchten. Budgetierte Beträge für Planungen sind hoch und Kürzungsanträge nachvollziehbar. Es gilt aber, zwei Dinge zu beachten. Erstens sind Planer hochqualifizierte Fachpersonen und somit teuer. Zweitens ist bei Planungsaufträgen nicht von Anfang an bekannt und geklärt, wie umfangreich die zu beantwortenden Fragestellungen sein werden. Deshalb budgetiert der Stadtrat mit einer Reserve von 10 %. So, wie das auch bei Bauprojekten gemacht wird. Generell versichert der Stadtrat, dass er sehr darauf bedacht ist, so wenig Geld wie möglich auszugeben. Anhand eines Rechenbeispiels zeigt Stefano Kunz auf, wie schnell in Fr. 50'000 in Planungssachen erreicht sind. Planungen dieser Art werden nur bei so komplexen Fragestellungen gemacht, dass sie rasch ein Arbeitsvolumen von zwei bis drei Monaten erreichen. Bei einem Stundenansatz von Fr. 150.00 ergibt dies ein Betrag von Fr. 50'000 – 70'000 für zwei bis drei Monate. Dies die einleitenden Bemerkungen zu den folgenden Anträgen. Zum Antrag um Reduktion von Fr. 30'000 der Zentrumsentwicklung erfolgen keine weiteren Bemerkungen. Findet er Unterstützung, akzeptiert der Stadtrat dies.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass das Sparen gut ist. Allerdings ist wichtig, an den richtigen Stellen zu sparen. Ständig werden in Schlieren ein attraktiveres Zentrum, Stärkung des Einzelhandels und mehr bessere Steuerzahlende gefordert. Nun soll ausgerechnet beim Zentrum, dem Aushängeschild von Schlieren, um ein paar Tausend Franken geknausert werden. Es ist wichtig, jetzt die Weichen im Zentrum richtig zu stellen, statt das Handeln zu unterlassen und dies später zu bereu-

en. Das Zentrum, die Bahnhofstrasse, Grünflächen, Freiraum und Querungen müssen jetzt gut geplant werden. An dieser Stelle ist ein kurzfristiges und unüberlegtes Sparen die höhere Investition.

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass er sich ebenfalls mit einem Votum zu den vier Anträgen im Bereich Bauplanung äussert. Seiner Meinung nach sind das völlig willkürliche Kürzungen, die weder Hand noch Fuss haben. Bei Zentrumsplanung, Freiflächen, Grünräumen oder Hochwasserschutz zu sparen, ist nicht nachhaltig, sondern fahrlässig. Das AWEL attestiert dem Mühlbach eine ungenügende Abflussfähigkeit und sieht dort deshalb einen Massnahmenplan vor. Dort Geld zu kürzen ist alles andere als sinnvoll und wahrscheinlich nicht einmal umsetzbar. Auch das Zentrum ist kein Ort, der zum Verweilen einlädt. Ein attraktives Zentrum und attraktive Grün- und Freiräume dürften im Interesse aller sein.

Abstimmung Antrag 15

Angenommen mit 18 zu 16 Stimmen.

Antrag 16 Markus Weiersmüller (FDP)

Antrag auf Reduktion um Fr. 50'000 auf neu 50'000 für Entwicklung/Partizipation Schlieremer Band (INV00314 unter Kt. 600.5290.00 übrige immaterielle Anlagen)

Ressortvorsteher Bau und Planung Stefano Kunz bittet um Begründung des Antrags. Markus Weiersmüller lehnt dies ab.

Stefano Kunz findet traurig, dass es keine Begründungspflicht gibt. Noch trauriger findet er, dass auch auf seine Bitte hin keine Begründung erfolgt ist. Er bittet das Parlament, diesen Antrag nicht zu genehmigen. Die Reduktion wäre ein klassisches Eigentor. Seit längerer Zeit wird von der Grünen Mitte gesprochen. Es wurde viel investiert in Planungsgrundsätze, in die die ganze Stadt involviert war. Die Masterplanung wird im Februar 2020 präsentiert. Unabhängig davon, ob dieser Betrag im Budget reduziert wird oder nicht ist festzuhalten, dass die Grüne Mitte eine ganz hohe Wichtigkeit hat für das Zentrum von Schlieren. Unterstrichen wird dies durch die Tatsache, dass die Regionale Projektschau 2025 die Grüne Mitte, konkret die Partizipation Schlieremer Band, neu in ihr Programm aufgenommen hat. Die Begründung ist bemerkenswert. Projekt wird exemplarisch beurteilt. Nicht nur regional, sondern mit nationaler Ausstrahlung. Unter Umständen wird es ermöglichen, dass Unterstützungsgelder vom Bund erhältlich sind. Die Testphase, mit der wir prüfen wollen, wie das Schlieremer Band genutzt werden kann, soll drei Jahre dauern. Dafür wurden insgesamt Fr. 270'000 eingestellt. Fr. 100'000 für das Jahr 2020, Fr. 90'000 für das Jahr 2021 und Fr. 80'000 für das Jahr 2022, weil der Stadtrat davon ausgeht, dass es einen höheren Initialaufwand gibt. Und jetzt wollen Sie mit diesem Antrag, ausgerechnet jetzt, wo die Testphase beginnen soll, denn Betrag um Fr. 50'000 reduzieren. Stefano Kunz bittet das Parlament, sich irgendeine Nutzung vorzustellen. Zum Beispiel einen Pump-Track. Das Fundament für die Installation kostet schon nur Fr. 10'000. Das gilt für jede Art von Installation oder Nutzung. Die Fr. 100'000 sind kein ins Blaue raus geratener Betrag. Der Stadtrat ist überzeugt, dass diese Fr. 100'000 sehr gut investiert sind. Die Grüne Mitte ist ein Prestige-Objekt der Stadt. Wenn das Parlament diese Investition um die Hälfte reduziert, schießt sich Schlieren in aller Öffentlichkeit ein Eigentor. Deshalb bittet Stefano Kunz das Parlament, diesen Antrag nochmals zu überdenken. Er möchte die Verantwortung dafür nicht übernehmen.

Marc Folini (GLP) bedankt sich für die wiederholte Stichelei von Dominic Schläpfer, dass die GLP mehr grün als liberal sei. Auch wenn diese Aussage seit dem letzten Wahlerfolg der FDP an Bisigkeit verloren hat. Nachhaltig bedeutet nicht nur in finanzieller Hinsicht nachhaltig, sondern auch sozial und ökologisch. Von den BPS behauptete heute Abend jemand, sie hätten ihre Hausaufgaben gemacht und Anträge zum Sparen gefunden. Marc Folini bittet das Parlament, nicht nur die schwarz auf weissen Zahlen in den Hausaufgaben anzuschauen. Falls das doch so gemacht wurde, bittet Marc Folini das Parlament darum, nochmals in sich zu gehen und den Entscheid auf Nachhaltigkeit zu überprüfen. Marc Folini zeigt sich beeindruckt von der schlagkräftigen Allianz der

Ratshälfte. Ihm stellt sich dabei aber die Frage, welche Partei ihre jeweiligen Wähler eigentlich gewählt haben.

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass er zu allen Anträgen im Bereich Bauplanung von Schlieren spricht. Stefano Kunz klagte gegenüber dem Parlament über zu wenig Personal, um alle Aufgaben fristgerecht erledigen zu können. In der RPK lässt sich dies auch feststellen durch fehlende Bauabrechnungen und andere Dokumenten, die nie eingereicht werden. Aber überall will der Stadtrat planen. Vielleicht ist die Reduktion in diesem Konto das falsche Instrument. Er selbst würde den Betrag komplett streichen und verweist auf sein Votum zur letztjährigen Budgetdebatte. Die Abteilung Bau und Planung ist nicht in der Lage, alle Aufgaben zu erfüllen. Jetzt fordert das Parlament überall Reduktionen. Boris Steffen fordert Stefano Kunz auf mitzuteilen, welche Projekte Priorität haben und auf welche er bereit ist, vollständig zu verzichten. Wenn der Vorschlag von Stefano Kunz zur selben Budgetreduktion führt wie die geforderten Reduktionen, ist Boris Steffen einverstanden. Abgelehnt wird die Jammerei über die zu viele Arbeit und das deshalb die Arbeiten extern vergeben werden. Weil, wenn alles extern vergeben wird, muss es durch Verwaltung und Stadtrat dennoch sorgfältig geprüft werden, das ist eine Verpflichtung. Dennoch gibt es keine weiteren Stellen.

Stefano Kunz geht gerne auf den Vorschlag von Boris Steffen ein. Er verweist auf sein Eintrittsvotum und bestätigt, dass er mit der Streichung gemäss erstem Antrag leben kann. Mit der Reduktion um Fr. 50'000 beim Schlieremer Band kann er nicht leben. Dies wäre aus Sicht des Stadtrats fatal. Das Votum von Dominik Ritzmann unterstützt Stefano Kunz. Dennoch kann er auch mit der Reduktion um Fr. 30'000 bei der Planung Mühlibach leben. Zwischenruf von Boris Steffen: Streichen Sie noch die Grün- und Freiraumplanung, dann passt es. Stefano Kunz verneint und kündigt an, nachher darauf zurückzukommen. Auf der Liste falsch ist die Querung Reitmen. Die gehört auch zu Bau und Planung. Die Planung der Grün- und Freiräume lässt sich nicht staffeln. Sie ist ein sehr geeignetes Beispiel dafür, dass jetzt gehandelt werden muss. Es gibt ganz viele externe Faktoren. Bei der Grün- und Freiraumplanung geht es konkret um die Revitalisierung der Limmat. Es handelt sich um ein Projekt des Kantons. Der Stadtrat kann nun entweder Däumchen drehen und warten, bis der Kanton entschieden hat, was er auf Gemeindegebiet Schlieren machen möchte oder der Stadtrat setzt sich hin und bringt sich ein. Eine konkrete Frage ist zum Beispiel, was mit den Familiengärten passiert. Das muss durchdacht sein. Dasselbe gilt für die Freiräume. Wenn im Zuge der Revitalisierung möglichst viel für Schlieren erreicht werden soll, dann muss der Stadtrat zum jetzigen Zeitpunkt Überlegungen anstellen, wie vorzugehen ist. Es besteht Handlungsdruck. Die Möglichkeit nichts zu tun besteht nicht. Die Maxime des Stadtrats ist, den Handlungsfreiraum zu erhalten. Wenn das Parlament alle Positionen streicht, bindet es dem Stadtrat die Hände und trägt dafür die Verantwortung. Zusammenfassung: Einverstanden mit Streichen gemäss erstem Antrag. Beim 2. Antrag bittet der Stadtrat um Belassen der Fr. 100'000. Beim 3. Antrag bittet der Stadtrat um eine Kürzung um Fr. 15'000 anstelle von Fr. 25'000. Antrag Streichung Mühlibach ist der Stadtrat einverstanden. Bei der Querung Reitmen bittet der Stadtrat um Reduktion von Fr. 30'000 auf neu Fr. 20'000. Die Querungen sind wichtig für die Stadt. Auch wenn derzeit noch nicht viele Menschen in diesem Gebiet wohnen ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass es immer mehr werden. Aufgabe des Stadtrats ist dafür zu sorgen, dass die Stadt eine Einheit ist. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Partizipationsverfahren Zelgli. Ausgelöst wurde dieser Prozess mit der Veloroute Schlieren-Engstringen einmal mehr durch ein Kantonsprojekt. Die Bewohnerinnen und Bewohner im Zelgli-Quartier finden es traurig, dass es den Kanton benötigt, damit sich die Stadt für das Zelgli-Quartier interessiert. Bei dieser Querung ist wichtig frühzeitig zu prüfen, wie sie zu gegebenem Zeitpunkt auszuführen ist.

Markus Weiersmüller erinnert daran, dass sich die Diskussion noch immer um das Schlieremer Band dreht. Auch bei nachvollziehbaren Argumenten muss man die Meinung des Stadtrats nicht teilen. Die BPS haben die Reduktionen sorgfältig geprüft. Es wurden intensive Diskussionen geführt. Die Beträge sind nicht willkürlich festgelegt. Am Antrag für Reduktion um Fr. 50'000 auf Fr. 50'000 wird festgehalten.

Ordnungsantrag der Fraktion SVP für ein Time-Out von 2 Minuten

Mit grosser Mehrheit angenommen. Auf ein Auszählen der Stimmen wird verzichtet.

Markus Weiersmüller zieht Antrag 16 zurück.

Antrag 17 Markus Weiersmüller (FDP)

Antrag auf Reduktion um Fr. 25'000 auf neu 50'000 für Grün- und Freiraumplanung, Umsetzung RiPla, STEK (INV00315 unter Kt. 600.5290.00 übrige immaterielle Anlagen)

Markus Weiersmüller erklärt, dass dieses Konto viel Fleisch am Knochen hat.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass er seit 35 Jahren an jeder Ratssitzung mit dabei ist. Mehr als 20 Jahre war er Mitglied des Gemeindeparlaments. Aufgrund der Politik vor 20, 30 Jahren wurde Schlieren als Abfalleimer der Nation beschimpft. Das führte zu einem Ruck durch Parlament und Stadtrat. Damals waren sich alle einig, dass man dies nie mehr hören will. Kanton und Stadt haben viel investiert um die Situation zu verbessern. Schlieren hat Kapital durch Menschen und Unternehmen gewinnen können. Auch 2020 sollen nochmals 1'100 Personen nach Schlieren ziehen. Bietet man nichts fürs Geld, wandern Menschen und Unternehmen wieder ab. Auch wenn der Steuersatz gesenkt wird, muss die Stadt etwas bieten für das Geld. Die Haltung der FDP-Regierungsratspräsidentin gegenüber Schlieren ist derzeit sehr positiv. Wenn Schlieren weiterhin allen Geschenken die kalte Schulter zeigt, wird sich diese Haltung in den nächsten 5-10 Jahren verändern. Schlieren muss bei der Planung mitarbeiten. Das wäre eine vertane Chance, die nie mehr zurückkommt. Diese Chance darf nicht die Limmat runter gelassen werden. Das Parlament ist gebeten, nicht die Fehler von vor 20, 30 Jahren zu wiederholen. Für die künftigen Generationen muss heute über den Tellerrand hinausgedacht werden.

Ressortvorsteher Bau und Planung Stefano Kunz stellt zwei Dinge klar. Dies hier ist eine historische Chance. Wenn Markus Weiersmüller sagt, er hätte sich vertieft mit der Materie auseinandergesetzt, dann stellt sich die Frage, auf welcher Basis. Wieso ist niemand auf den Stadtrat zugekommen und hat darum gebeten zu erklären, wie sich die Beträge zusammensetzen? Wo wurde das Wissen zur Beurteilung der Positionen eingeholt? Die Abteilung Bau und Planung hat sehr sorgfältig geplant und budgetiert. Diese Beträge haben nicht einen Drittel Luft nach oben. So komplexe Themen lassen sich nicht mit Fr. 50'000 sorgfältig planen. Sport spielt derzeit eine Rolle, Velorouten beschäftigen die Abteilung, die künftige Freizeitgestaltung wie vielleicht eine Flussbadi sind Themen, die Umsetzung des STEK ist vorzunehmen. Das lässt sich nicht in ein- bis zwei Monaten mal eben kurz erledigen. Es braucht vertiefte Planungen, damit die Stadt in den ganzen Diskussionen um die Revitalisierung ihre Interessen vertreten kann. Sonst geht der Stadtrat mit leeren Händen in diese Diskussionen. Der Stadtrat bittet das Parlament, diesen Antrag nochmals zu überdenken.

Marc Folini (GLP) fragt Boris Steffen: Auf wie viele Franken sich die Mindereinnahmen der Stadt bei einer Steuerfussenkung von 3 % belaufen. Boris Steffen informiert, dass es sich um 1.8 Mio. Franken handelt. Marc Folini fragt, welche finanziellen Auswirkungen dies bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 100'000 hat. Boris Steffen erklärt, dass die Steuerrechnung etwa um Fr. 250 tiefer ausfällt. Marc Folini erklärt, dass die vom Stadtrat angedachten langfristigen Projekte, die hier thematisiert werden, ein Gesamtvolumen von Fr. 200'000-250'000 aufweisen. Mit den stichhaltigen Begründungen des Stadtrats, wie die Gelder eingesetzt werden sollen, ist für ihn nicht nachvollziehbar, wie dennoch an Reduktions- und Streichungsanträgen festgehalten werden kann. Die einzig mögliche Erklärung ist, dass es sich im Hinblick auf eine Trotzreaktion handelt. Jetzt sollen Gelder gestrichen werden, damit später die Steuerfussenkung gerechtfertigt werden kann. Marc Folini bittet darum, auf Trotzreaktionen zu verzichten. Es gibt geeignetere parlamentarische Instrumente, um gegenüber dem Stadtrat Entscheidungen zu treffen, um ein Zeichen zu setzen.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass nicht jedes dieser Projekte im Jahr 2020 gemacht werden muss. Die personellen Ressourcen zur Bearbeitung aller Projekte sind nicht vorhanden. Die Fraktion SVP verhindert die Projekte nicht mit diesen Anträgen.

Parlamentspräsident Walter Jucker weist das Parlament darauf hin, dass der parlamentarische Anstand zu wahren ist. Auf Applaus ist zu verzichten.

Stefano Kunz nimmt Bezug auf das Votum von Thomas Grädel. Mit dem Votum hat Thomas Grädel bewiesen, dass Parlamentsmitglieder, die keine Ahnung haben, die Anträge ausgearbeitet haben. Im Sommer 2020 wird voraussichtlich entschieden, welche Version bezüglich Revitalisierung weiterverfolgt wird. Bis dann muss Schlieren bereit sein. Schon den ganzen Abend versucht der Stadtrat dem Parlament klar zu machen, dass nicht abgewartet werden kann. Es bereitet auch dem Stadtrat keine Freude, dass alles auf einmal gemacht werden muss. Es besteht grosser Handlungsdruck in diesen Fragen. Wenn sich Schlieren jetzt nicht einbringt, schafft der Kanton die Fakten und dann gibt es keine Möglichkeiten mehr für Schlieren. Projekte werden nicht ins Agglomerationsprogramm aufgenommen, substantielle finanzielle Beteiligungen von Bund und Kanton erfolgen nicht und somit müsste Schlieren alles alleine bezahlen.

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass der Stadtrat im Berechnungsbeispiel was Planungen kosten, von einem Kostenansatz von Fr. 6'000 pro Woche sprach. Im vorliegenden Antrag bittet der Stadtrat, die Reduktion nur in Höhe von Fr. 15'000 anstelle Fr. 25'000 vorzunehmen. Also weniger als zwei Wochen Arbeit einer Person. Das ist klar, dass das Parlament dies nicht versteht, wenn nur das Budget konsultiert wird. Es muss auch der Finanzplan gelesen werden, dann sieht man den gesamten Zusammenhang und was in den Folgejahren auf Schlieren zukommen. Es ist ersichtlich, dass der Stadtrat plant. Aber was liest der Parlamentarier in der Zeitung? Subventionsgelder in Höhe von Fr. 100'000 sind weg. Wegen ein paar APG-Plakatständern beteiligt sich der Kanton nun nicht mehr. Zwischenruf von Stadtpräsident Markus Bärtschiger: Das ist nicht richtig. Die Stadt hatte nie Anspruch auf die Subventionen. Der Kanton hat seinen Anspruch beim Bund verspielt.

Filippo Fiore (FDP) erklärt, dass er vor 7 Jahren nach Schlieren gezogen ist. Er gehört zu jenen, die Schlieren als Ort wahrgenommen haben, an den man sicher nicht zieht. Dann hatte sich Schlieren entwickelt, was ihm gut gefallen hatte. Er dachte sich, Schlieren ist ein Tor zu Zürich, ein Standort, der sich hervorragend entwickelt. Wenn mehr Menschen hier sind, teilen sich die Mehrpersonen die Infrastrukturkosten. Tendenziell ist damit zu rechnen, dass die Steuern gesenkt werden können. Wo mehr Menschen sind, steigen die Bodenpreise. Was bei Verkäufen zu mehr Steuereinnahmen führt. Heute nun hört Filippo Fiore, dass trotz mehr Menschen die Steuern tendenziell erhöht werden sollen. Viele Alteingesessene hatten sich gegen das Wachstum gewehrt und mussten grosse Einschränkungen während der Wachstumsphase tolerieren oder müssen dies zum Teil immer noch. Und nun muss man diesen Menschen sagen, dass all die Hoffnungen nicht erfüllt werden. Dass zwar viel investiert wurde und viel Wachstum erfolgt ist, aber dass die Steuern trotzdem angehoben werden müssen. Vor ein paar Jahren konnte der Steuersatz gesenkt werden. Da ist genau das passiert, was man prognostizierte. Das Zeichen, das die Fraktion FDP heute setzen will, ist nicht, dass Schlieren weiter wachsen und sich entwickeln soll. Schlieren soll nachhaltig und massvoll wachsen. So, dass alle davon profitieren können.

Ordnungsantrag der Fraktion FDP um einen Unterbruch der Sitzung für 3 Minuten zur Beratung

Genehmigt mit grosser Mehrheit. Auf ein Auszählen der Stimmen wird verzichtet.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass die BPS am Antrag der Reduktion um Fr. 25'000 festhalten. Die Bemerkung von Stadtrat Stefano Kunz, er habe keine Ahnung, lässt er so nicht auf sich sitzen. Die BPS haben Architekten und Stadtplaner zu Rate gezogen und stehen hinter diesem Antrag. Zum Votum von Marc Folini, dass es sich um willkürliche Kinderspiele handelt, stimmt nicht. Es fand eine Sondersitzung statt. Über das gesamte Budget wurde darauf geachtet, dass alle Ressorts beim Sparen mithelfen müssen. Es wurde nicht jemand abgestraft. Das Budget wurde sachlich geprüft. Der Vorwurf der Willkürlichkeit wird entschieden zurückgewiesen.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger dankt Filippo Fiore, dass er nach Schlieren gezogen ist und sich im Parlament einbringt. Womöglich ist Filippo Fiore unter falschen Voraussetzungen nach Schlieren gezogen ist. Das geschilderte Szenario gilt nur bei moderatem Wachstum. Schlieren ist aber explodiert. Diese Explosion ist aber bald vorbei. In fünf bis sechs Jahren spricht niemand

mehr davon. Raumflächen für weiteres explosionsartiges Wachstum gibt es nicht mehr. Diese rasante Entwicklung hat nun dazu geführt, dass Schlieren Wachstumsschmerzen in Form von sprunghaft massiven Kosten hat. Die Verwaltung ist um 12 % gewachsen, die Schule um 26 %. Darunter leidet der Schlieremer Finanzhaushalt derzeit. Mit dem Reiten hat Schlieren ein ganz neues Schulhaus. Schreitet die Entwicklung weiter so voran, wird es nochmals eines brauchen. Da hat der Stadtrat keinen Einfluss darauf. Es ist nicht möglich, Schulraum auf Vorrat zu bauen und es ist auch nicht möglich, den Schulraum mit 50 Waldkindergärten und Waldschulen abzudecken. Die Herausforderungen sind da, da muss Schlieren nun durch. Das geht, indem man die Herausforderungen als Chancen annimmt. Als: Für fünf bis sechs Jahre heisst es "Gring abe u säckle", danach wird die Stadt so wachsen, wie sich das Parlament dies wünscht.

Manuel Kampus (Grüne) fragt, ob Fortschritt oder Rückschritt gewünscht ist. Vor 14 Jahren galt Schlieren als Ghetto des Kantons Zürich. Diese Zeiten dürfen nicht zurückkehren.

Marc Folini (GLP) erklärt, bezugnehmend auf das Votum von Filippo Fiore, dass niemand die Steuern erhöhen will. An Boris Steffen gerichtet erklärt Marc Folini, dass die Fraktion GLP den Finanzplan angeschaut hat und gesehen hat, dass die Steuerkraft der Schlieremerinnen und Schlieremer vergleichsweise tief ist.

Ordnungsantrag Markus Weiersmüller für Wortentzug von Marc Folini wegen Abweichen vom Thema

Markus Weiersmüller erklärt, dass später über den Steuerfuss gesprochen wird.

Rixhil Agusi (SP) entgegnet, dass dies nicht verhältnismässig wäre, da Filippo Fiore, der deutlich vom Thema abwich, nicht das Wort entzogen wurde.

Marc Folini verzichtet auf die Weiterführung seines Votums und entschuldigt sich bei Markus Weiersmüller für die vorherige Wortwahl. Er ist zwar der Meinung, nicht gesagt zu haben, es handle sich bei den Anträgen der BPS um Kinderspiele, wenn das aber so aufgefasst wurde, entschuldigt er sich dafür. Was er mit seiner Formulierung hatte sagen wollen ist, dass es sich um Anträge mit vergleichsweise kleinen Summen mit weitreichenden langfristigen Folgen handelt. Es gäbe bessere Sparmöglichkeiten mit höheren Summen und weniger langfristigen Auswirkungen. Er wollte darum bitten, dass die Tragweite in Bezug auf den Zeithorizont gegenüber den monetären Aspekten abgewogen wird.

Abstimmung Antrag 17, Reduktion um Fr. 25'000

Angenommen mit 18 zu 16 Stimmen

Antrag 18 Markus Weiersmüller (FDP)

Antrag auf Reduktion um Fr. 30'000 von Fr. 100'000 auf neu 70'000 für Naturgefahren, diverse Aufwendungen / Planung Mühlbach / Dorfbach (INV00162 unter Kt. 691.5290.00 übrige immaterielle Anlagen)

Markus Weiersmüller verweist darauf, dass Stadtrat Stefano Kunz in der bisherigen Debatte bereits darauf hinwies, dass der Stadtrat mit der Reduktion gemäss Antrag leben kann.

Ressortvorsteher Bau und Planung Stefano Kunz wünscht das Wort nicht.

Abstimmung Antrag 18

Mit 18 zu 16 Stimmen angenommen.

Antrag 19 Thomas Grädel (SVP)

Antrag auf Streichung von Fr. 50'000 für Querung SBB (INV00173 unter Kt. 730.5010.01 Strassen/Verkehrswege)

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP noch immer der Meinung ist, dass die Querung ein Luxus ist, den sich Schlieren nicht leisten kann.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass hinreichend über das Wachstum von Schlieren gesprochen wurde. Das Gebiet Reitmen entwickelt sich rasant. Für die Veloschnellroute braucht es eine Möglichkeit, die Geleise zu queren. Es ist notwendig, dem Wachstum im Gebiet Rechnung zu tragen. Die Querverbindung zu streichen ist sinnlos. Wenn die Veloschnellroute genutzt werden kann, werden womöglich Autofahrende motiviert, auf das Velo umzusteigen. Dann gibt es weniger Stau auf den Strassen.

Abstimmung Antrag 19

Angenommen mit 18 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Antrag 20 Beat Kilchenmann (SVP)

Antrag auf Streichung von Fr. 50'000 für Umsetzung Spielplatzkonzept (INV00037 unter Kt. 750.5030.00 übrige Tiefbauten)

Beat Kilchenmann erklärt, dass die Fraktion SVP nicht gegen Kinderspielplätze ist. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Spielplatzes Schönenwerd wurde vom Parlament ein Spielplatzkonzept gefordert. Der Stadtrat lehnte dies ab, weil weiterhin jeder neue Spielplatz durch das Parlament beurteilt werden sollte. Der Spielplatz Schärerwiese, der mit einer Kreditüberschreitung von mehr als Fr. 100'000 abschloss, war aber nicht im Parlament. Die SVP ist gegen diese Investition, weil sie weiterhin ein Konzept fordert, das vom Parlament verabschiedet wird.

Rixhil Agusi (SP) erklärt, dass sie kein Verständnis zeigen kann, wenn für Spielplätze Geld gestrichen wird. Unlängst durfte mit der Schärerwiese der schönste Spielplatz eingeweiht werden, was ein Highlight für die Kinder war. Dass er ein solcher Erfolg wurde, hängt damit zusammen, dass dieser Spielplatz mit der Bevölkerung zusammen geplant wurde. Rixhil Agusi beteiligte sich als Parlamentarierin. Von den Bürgerlichen half niemand mit. Die Bürgerlichen finden stets, dass Spielplätze zu teuer werden. Rixhil Agusi fragt, wieso niemand der Bürgerlichen mitwirkte und dafür sorgte, dass die Kosten tiefer sind, wenn sie der Meinung sind, der Stadtrat gebe zu viel Geld aus. Immer motzen und selbst nichts machen ist nicht richtig. Diverse Spielplätze müssen in den nächsten Jahren erneuert werden. Geräte sind teuer und die Wünsche der Kinder müssen berücksichtigt werden, damit der Spielplatz genutzt wird. Die Fraktion SP/Grüne unterstützt den Antrag um Streichung nicht.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass die BPS finanzstarke Steuerzahler anlocken will. Die Attraktivität von Schlieren machen Soft-Skills aus. Das sind gute Infrastruktur, ÖV-Verbindungen, gute Schulen, der Bereich Bildung allgemein, ausreichend Betreuungsangebote, Kulturangebote, Spielplätze, sprich Lebensqualität soll die Stadt bieten. In welche Richtung soll sich Schlieren entwickeln? In Richtung Slum, wo Kinder auf der Strasse rumlungern oder soll Schlieren tolle Spielplätze bieten? Der Spielplatz Schärerwiese wird neu genutzt. Das soll auch bei anderen Spielplätzen so sein.

Beat Kilchenmann betont für jene, die es vorher noch nicht gehört haben, dass die SVP nicht gegen Spielplätze ist. Die Fraktion SVP ist überzeugt, dass ein Spielplatz für ein paar Franken weniger nicht weniger attraktiv ist. Wieso sollen jene, die zufällig dort wohnen, wo die ersten Spielplätze für viel zu viel Geld gebaut wurden, das Privileg haben, einen tollen Spielplatz besuchen zu können und alle anderen erhalten nichts? Die Fraktion SVP will ein Spielplatzkonzept das aufzeigt, wie alle davon profitieren können. Es gibt ein Gesamtkonzept, das Kosten nennt. Dieser Betrag ist bald aufgebraucht, ohne dass etwas getan wurde. Im Budget 2020 werden die Fr. 50'000 nicht gesprochen, damit der Stadtrat endlich eine Gesamtplanung vornimmt.

Sitzungsschluss 16. Dezember 2019

Parlamentspräsident Walter Jucker möchte die heutige Sitzung unterbrechen, weil die Maximalzeit von vier Stunden erreicht ist. Einstimmig einigt sich das Parlament darauf, ohne zusätzliche Bezahlung diesen Antrag fertig behandeln zu wollen.

Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen Andreas Kriesi erklärt, dass er aufgrund des bisherigen Sitzungsverlaufs wenig Hoffnungen hat, sich Gehör verschaffen zu können im Parlament. Dennoch ist dem Stadtrat wichtig, sich für die jüngsten der Bevölkerung einzusetzen. Das Spielplatzkonzept existiert. So lange ein Spielplatz weniger als Fr. 300'000 kostet, kommt er nicht mit einer Vorlage ins Parlament. 2020 will der Stadtrat bei vier Spielplätzen das weitere Vorgehen klären. Der Stadtrat berücksichtigt nicht nur die grossen Spielplätze, sondern auch die Kleinen. Deren vier sollen nächstes Jahr überprüft werden. Falls Handlungsbedarf betreffend Sicherheit festgestellt wird, braucht der Stadtrat die Möglichkeit zu reagieren. Wenn die Fr. 50'000 gestrichen werden, entscheidet sich das Parlament für einen Stillstand bei der Umsetzung des Spielplatzkonzepts. Er bittet das Parlament an jene zu denken, die nicht oder noch nicht abstimmen können.

Abstimmung Antrag 20

Angenommen mit 18 zu 16 Stimmen.

Antrag um Sitzungsbeginn am 18.12.2019 um 17.00 Uhr statt 18.00 Uhr

Thomas Widmer (QV) fragt, ob er den Antrag stellen kann, dass die Sitzung am Mittwoch eine Stunde früher beginnt. Parlamentspräsident Walter Jucker erklärt, dass dies nicht möglich ist. Der Sitzungsbeginn muss publiziert werden, was Fristen unterliegt. Die Aula Reitmen wäre überdies um 17.00 Uhr besetzt. Thomas Widmer fragt, ob er den Antrag stellen kann, dass die heutige Sitzung fortgeführt wird. Walter Jucker erklärt, dass auch dies nicht möglich ist. Doppelsitzungen sind ausnahmsweise möglich. Sie dauern gemäss Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments längstens vier Stunden. Die vier Stunden sind erreicht.

Der Präsident unterbricht die Sitzung um 22.15 Uhr. Sie wird am Mittwoch, 18. Dezember 2019 um 18.00 Uhr fortgesetzt. Die Doppelsitzung ist ausgeschlossen.

Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker begrüsst am 18. Dezember 2019 um 18.00 Uhr in der Aula Reitmen zur Fortsetzung der Sitzung vom 16. Dezember 2019

Walter Jucker stellt fest, dass 34 Parlamentsmitglieder anwesend sind. Er begrüsst Bezirksratspräsident Simon Hofmann als Gast und erklärt, dass sich Stadtschreiberin Ingrid Hieronymi und Geschäftsführer Patrick Schärer für die heutige Sitzung entschuldigt haben und Gaby Niederer und Hans-Ueli Etter vom Gemeindeparlament etwas verspätet eintreffen werden. Walter Jucker ruft das Ende der Sitzung vom 16. Dezember 2019 in Erinnerung und zeigt das weitere Vorgehen auf. Der Präsident fordert die Parlamentsmitglieder auf, sich zu melden, wenn sie mit dem Vorgehen nicht einverstanden sind. Die Parlamentsmitglieder stimmen dem Vorgehen stillschweigend zu. Es folgt die Behandlung von Antrag 21.

Antrag 21 Boris Steffen (SVP)

Antrag auf Streichung von Fr. 50'000.00 für ICT-Vernetzung (INV00336 unter Konto 804.5030.00 übrige Tiefbauten)

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel erklärt, dass diese Ausgabe aufgrund der Rückweisung der Vorlage bezüglich Glasfaservernetzung durch das Parlament getätigt werden muss. Zwischenzeitlich müssen Swisscom-Mietleitungen genutzt werden, damit die Schulen ans Netz können. Nun muss der Auftrag des Parlaments, eine neue Planung vorzunehmen,

ausgeführt werden. Werden diese Kosten vom Parlament nun gestrichen, kann der parlamentarische Auftrag nicht ausgeführt werden.

Boris Steffen fragt, weshalb diese Position in einem Investitionskonto geführt wird.

Manuela Stiefel erklärt, dass die Aktivierungsgrenze von Fr. 50'000 erreicht ist.

Boris Steffen zieht den Antrag zurück.

3 Fragen Moritz Berlinger (SVP)

Sanierung Stadthaus Tiefgarage (INV00004 unter Konto 872.5040.00 Verwaltungsliegenschaften Hochbauten)

Moritz Berlinger erklärt, dass der Stadtrat im Fragekatalog der RPK antwortete, dass der Schutzraum in der Tiefgarage noch immer gebraucht wird. Wie ist dies möglich, wenn sich die beiden Betontüren nicht mehr bewegen lassen? Auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht der Weiterbetrieb des Schutzraums? Wie hoch wären die Einsparungen, wenn der Schutzraum nicht mehr weiter betrieben würde?

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel erklärt, dass diese Fragen eigentlich den Bereich Sicherheit und Gesundheit betreffen, obwohl sie zu einer Investition im Bereich Liegenschaften gestellt werden. Die Zivilschutzanlage ist Bestandteil der Ausgleichsplanung, welche letztes Jahr wiederum durch den Stadtrat abgenommen und den Kanton bewilligt wurde. Die Zuständigkeit liegt beim Kontrollorgan baulicher Zivilschutz. Dies ist bei der Abteilung Bau und Planung die Feuerpolizei. Dieser Schutzraum ist ein vollwertiger Schutzraum, der Qualitätseinstufung A. Gemäss Bundes- und/oder Kantonalen Vorgaben müssen Anlagen unterhalten und alle sechs Jahre auf Betriebsbereitschaft geprüft werden. Die letzte Kontrolle wurde am 28. Juli 2017 unter Mithilfe von ABZS durchgeführt. Die Anlage ist betriebsbereit, weist keine Mängel auf und die Tore funktionieren problemlos. Sie sind darauf ausgelegt, nur bei Notfällen zu funktionieren. Wenn jemand versucht, sie von Hand zu bewegen, bewegen sie sich richtigerweise nicht.

Moritz Berlinger bittet darum, seine beiden weiteren Fragen nach der gesetzlichen Grundlage und möglichen Einsparungen zu beantworten und wieso es einen Budgetposten für die Sanierung benötigt, wenn alles einwandfrei funktioniert.

Manuela Stiefel, Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften erklärt, dass diese Investition nicht den Schutzraum, sondern die Tiefgarage betrifft. Diese Aufgabe beschäftigt den Stadtrat schon seit längerer Zeit. Eine Machbarkeitsstudie liegt bereits vor. Es geht um die Sicherheit. Allen sind Fälle von vernachlässigten Tiefgaragen bekannt. Die Tiefgarage ist immer stärkeren Belastungen ausgesetzt. Auch von oben. Der Zivilschutzraum, der sich in der Tiefgarage befindet, ist Bestandteil davon. Der Zivilschutzraum funktioniert voll und ganz. Die gesetzliche Grundlage für einen vollwertig funktionierenden Zivilschutzraum der Stufe A sind Manuela Stiefel als Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften nicht bekannt. Eventuell kann Ressortvorsteher Sicherheit und Gesundheit Pascal Leuchtmann nähere Angaben dazu machen. Die Überprüfung hat gezeigt, dass der Schutzraum einbezogen werden muss. Dieses Konto betrifft nicht die Sanierung des Zivilschutzraums, sondern die gesamte Tiefgarage, die saniert werden muss. Da ist Einiges mit einbezogen wie Elektro, Parkplätze, Veloräume und so weiter. Es handelt sich um ein ziemlich grosses Projekt mit einem Umfang von etwa 1.5 Mio. Franken.

Ressortvorsteher Sicherheit und Gesundheit Pascal Leuchtmann erklärt, dass jede Gemeinde eine gewisse Anzahl Zivilschutzräume mit einer gewissen Anzahl an Schutzplätzen haben muss. Dies ist abhängig von der Einwohnerzahl. Die Schutzräume werden regelmässig überprüft von den zuständigen Stellen. Das ist ein allgemeiner Prozess, der alle vier bis fünf Jahre durchgeführt wird. Werden die Anlagen nicht unterhalten, hat dies keine unmittelbaren Folgen. Die Stadt hat dann zu wenige Zivilschutzräume, was dazu führt, dass bei Neubauten von Privaten neue Zivilschutzräume erstellt werden müssen. Derzeit kann diese Auflage erlassen werden, wenn die Gesamtanzahl an

Schutzplätzen gemäss den Vorgaben erfüllt ist. Genaue Zahlen sind Pascal Leuchtmann nicht auswendig bekannt. Tatsache ist, dass im Rayon um das Stadthaus derzeit ausreichend Plätze vorhanden sind. Würden die 160 Zivilschutzstellen, die sich in der Tiefgarage befinden wegfallen, würden sie jedoch nicht mehr ausreichen.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass gesagt wurde, dass die alle sechs Jahre stattfindende Prüfung 2017 letztmals durchgeführt wurde. Auch wurde gesagt, dass die anstehende Renovation mit der Funktion des Zivilschutzraums kaum in Verbindung steht. Wenn die 1.5 Mio. Franken nicht notwendig sind, um den Zivilschutzraum in Topform zu halten, was genau möchte der Stadtrat dann mit diesen Geldern machen? Die Tiefgarage macht keinen auffälligen Eindruck. Für den Zivilschutz ist in betrieblicher Hinsicht offenbar alles in Ordnung. Wände, Boden, Decken und Markierungen sind nach Meinung von Markus Weiersmüller in einem guten Zustand.

Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker begrüsst eine eben eingetroffene Parlamentarierin und stellt fest, dass nun 35 Parlamentsmitglieder anwesend sind.

Manuela Stiefel erklärt Markus Weiersmüller, dass er sich dies viel zu einfach vorstelle. Als Laie lässt sich der Zustand der Tiefgarage nicht mit einem Blick vor Ort beurteilen. Ansonsten müsste der Stadtrat keine Machbarkeitsstudien durchführen lassen. Es geht um eine Tiefgarage, die relativ gross ist und viele Parkplätze aufweist. Die Sanierung ist im Finanzplan eingestellt. Die Sicherheit zu gewährleisten ist in der Verantwortung der Stadt. Wenn das Parlament nun einen Zusammenhang zum Zivilschutzraum zieht muss auch der Stadtrat sagen, er würde bevorzugen, dort befände sich kein Zivilschutzraum. Die Sanierung wäre dann wesentlich einfacher. Nun befindet sich der Raum dort und deswegen ist er auch einzubeziehen. In diesem Konto geht es aber ausschliesslich um die Tiefgarage. Den Beschluss über die Machbarkeitsstudie veröffentlichte der Stadtrat sogar. Nach dem Öffentlichkeitsprinzip steht es allen auch offen, Details zum Vorhaben beim Stadtrat zu erfragen. Manuela Stiefel weist daraufhin, dass der Inhalt der Machbarkeitsstudie den Eindruck erweckt, die Tiefgarage stürze demnächst ein. Sie stürzt nicht demnächst ein. Aber es besteht Handlungsbedarf. In Anbetracht des bestehenden Risikos bittet der Stadtrat das Parlament, an einem anderen Ort als bei der Sicherheit der Bevölkerung zu sparen. Um die Wichtigkeit dieser Sanierung zu erkennen, muss nicht an den Tiefgaragenbrand in Gretzenbach, bei dem Angehörige der Feuerwehr beim Einsturz des Gebäudes zu Tode kamen, in Erinnerung gerufen werden.

Frage und Antrag 22 Thomas Widmer (QV)

Antrag auf Streichung von Fr. 80'000.00 für Rückbau des Kleintiergeheges (INV00323)

Thomas Widmer erkundigt sich nach den Hintergründen der Position Rückbau Kleintiergehege.

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel verweist auf die Möglichkeit, Fragen dieser Art im Vorfeld via Fragekatalog an den Stadtrat zu richten. Der Stadtrat hat die Ausgabe zwischenzeitlich bewilligt. Es geht um das Kleintiergehege an der Freiestrasse, das früher einmal ein Verkehrsgarten war. Die sich stellende Frage ist, ob es eine Grundaufgabe der Stadt ist, auch noch ein Kleintiergehege zu haben. Manuela Stiefel zählt ihre vielen Aufgaben auf, die zu ihrem Ressort gehören.

Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker ermahnt Manuela Stiefel, beim Thema zu bleiben.

Manuela Stiefel führt weiter aus, dass Auflagen bezüglich Tierschutz für den Betrieb des Geheges einzuhalten sind und der Betrieb hohe Tierarztkosten verursacht. Immer wieder werden Tiere dort ausgesetzt. Das Gehege ist zu einem Gnadenhof geworden. Den Tieren geht es nicht besonders gut und die ganze Angelegenheit wird immer teurer. Fr. 15'000 kostet der Betrieb pro Jahr noch. Derzeit kümmern sich zwei ältere Damen für ein Taschengeld um die Tiere. Die beiden Damen können sich altershalber nicht mehr um die Tiere kümmern. Für die Tiere wurde ein geeigneter Platz gefunden im Kanton Luzern. Der Rückbau ist herausfordernd. Der Boden beispielsweise gilt nach dem langjährigen Betrieb des Tiergeheges nicht als saubere Erde. Unter dem Boden gibt es

Zivilschutzräumlichkeiten. Es gibt einen Rückbau, danach wird Wiese angesät. Es gibt einen öffentlich zugänglichen beruhigten Platz.

Thomas Widmer stellt den **Antrag** auf Streichung der Fr. 80'000 für den Rückbau des Kleintiergeheges und bietet gerne Hand für die künftige Entwicklung des Platzes. Die Ziegenwiese gehört für ihn zu Schlieren. Sie bietet ideale Gelegenheit für Kinder und Erwachsene mit der Natur in Kontakt zu stehen. Der Platz tut dem Auge und dem Gemüt gut. Auch aus stadtplanerischer Sicht könnte man das Gehege als grünen und belebten Teil des Stadtparks nutzen. Das Gehege könnte als schweizweites Vorzeigeobjekt entwickelt werden. Solche Traditionen dürfen nicht ausradiert werden. Die Gründe sind nachvollziehbar. Da der Wille und die Möglichkeiten der bisherigen Frauen nach wie vor vorhanden sind, sollte der Platz ein Jahr weiter betrieben werden um eine Lösung zu finden, wie der Platz in dieser Art weiter betrieben werden kann. Die Fr. 80'000 sollen gespart werden.

Manuela Stiefel erklärt, dass der Stadtrat noch prüfen wird, wie mit den gestrichenen Positionen umzugehen ist, insbesondere wenn es sich um gebundene Ausgaben handelt. Wenn die Fr. 80'000 gestrichen werden, erfolgt kein Rückbau. Die Tiere werden dennoch auf den Gnadenhof gebracht, wo sie ein besseres Leben erwartet. Wenn man sich auf die Aussagen der Damen stützt, die dies in aufopfernder Art und Weise machen, dann zeigt sich, wie schwierig sich die Situation gestaltet. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass das Thema Emotionen auslöst. Der Zustand der Ziegen ist aber nicht gut und die Stadt untersteht verschärften Auflagen. Die Stadt müsste jemanden zur Pflege der Tiere einstellen. Der Einsatz der beiden Damen würde künftig nicht mehr ausreichen.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass sich die Frage hier um das Tierwohl dreht. Anzuerkennen ist, dass mit viel Herzblut gearbeitet wurde. Dennoch war es nicht möglich, das Tierwohl immer zu gewährleisten. Es gab Versuche, mehr Geld von der Stadt zu erhalten, was nicht klappte. Für die Tiere wurde ein schöner Platz gefunden und ein leeres Gehege ist für niemanden von Nutzen. Die Fraktion SP/Grüne ist gegen den Streichungsantrag.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass der Tierpark wohl allen gefallen hat. Klar ist auch, dass alle Auflagen bezüglich Tierschutz eingehalten werden müssen. Von der Stadt vermisst Thomas Grädel, dass keine Suche nach einer geeigneten Nachfolge, die ebenfalls auf freiwilliger Basis tätig ist, erfolgte.

Ordnungsantrag von Markus Weiersmüller nach einem Time-Out von 3 Minuten zur Beratung

Genehmigt mit 25 Stimmen. Auf das Auszählen der Nein-Stimmen und Enthaltungen wird verzichtet.

Abstimmung über Antrag 22

Abgelehnt mit 2 Ja- zu 31 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Antrag 23 Andres Uhl (CVP)

Antrag auf Reduktion um Fr. 750'000.00 von Fr. 1'500'000.00 auf Fr. 750'000.00 für Garderobengebäude Sportanlage Im Rohr (Konto 340.5030.9)

Andres Uhl erklärt, dass sich die BPS diesen Antrag nicht leicht gemacht hat. Für die wertvolle Arbeit und den immensen Einsatz, den der FC Schlieren vor allem in der Jugendarbeit leistet, bedanken sich die BPS. Dass die Garderobengebäude nicht mehr zeitgemäss sind, ist den BPS bewusst und daher unterstützen sie auch die dringend anstehende Erneuerung. Was den BPS Kopfzerbrechen bereitet, sind die hohen Investitionskosten, welche für den Ersatz geplant sind. In der Region finden sich interessante Beispiele, die mit tieferen Kosten realisiert wurden. Der FC Thalwil hat 2018 ein neues Clublokal mit einem Restaurant und 80 Plätzen, einem Theorieraum, einem Büro, vier Garderoben und WC-Anlagen für circa Fr. 1'450'000 gebaut. Davon hatte die Gemeinde Thalwil Fr. 400'000 bezahlt, ein rückzuzahlendes und verzinsliches Darlehen von Fr. 500'000 für 25 Jahre gewährt und der FC Thalwil steuerte Fr. 550'000 aus Eigenleistungen, Sponsoring und dem

Sport-Toto bei. Den BPS ist klar, dass dieses Beispiel nicht 1:1 auf Schlieren passt. Es zeigt aber eine interessante Möglichkeit auf, wie das Projekt in Schlieren realisiert und finanziert werden könnte. Deshalb wird beantragt, den Betrag um Fr. 750'000 zu reduzieren.

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel erklärt, dass 4 Garderoben in Thalwil nicht mit 13 Garderoben in Schlieren vergleichbar sind. Der Stadtrat wird vermutlich im Januar 2020 die Vorlage zu Händen des Gemeindeparlaments verabschieden und diese dann im Parlament vertreten und die Kostenzusammenstellung erklären. Heute ist die Vorlage noch kein Thema. Das Parlament erhält ausreichend Gelegenheit, sich zur Vorlage zu äussern. Auch gibt es noch eine Volksabstimmung. Das Parlament hat die Möglichkeit, die Vorlage zur Ablehnung zu empfehlen. Heute geht es nicht um die Vorlage, sondern den zu budgetierenden Betrag in der Investitionsrechnung. Investitionen dieses Volumens tätigt die Stadt nicht in einem Jahr. Wenn der Investitionsbetrag nun halbiert wird, wird das Projekt deswegen nicht günstiger. Sondern Akontozahlungen von Handwerksbetrieben können nicht fristgerecht beglichen werden. Dies schadet dem Gewerbe und dem Image der Stadt als verlässlicher Partner. In der Winterpause des Fussballs könnte idealerweise mit den Bauarbeiten begonnen werden. Deshalb sind ein Teil der Investitionskosten im Budget 2020.

Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker begrüsst ein soeben eingetroffenes Parlamentsmitglied. Die Parlamentsmitglieder sind nun vollständig anwesend.

Songül Viridén (GLP) fragt, ob die Kürzung eine Änderung auf die Frage hat, ob eine Volksabstimmung erfolgt.

Manuela Stiefel erklärt, dass alle Vorlagen mit Investitionskosten von mehr als 3 Mio. Franken eine Volksabstimmung mit sich bringen. Dies wird im vorliegenden Fall mit Sicherheit gegeben sein. Das Parlament entscheidet, ob es die Vorlage zur Annahme oder Ablehnung empfiehlt.

Yvonne Brändle-Amolo (SP) erklärt, dass Schlieren eine grosse Gemeinde ist, die wächst. Die Schweiz hat in allen Bereichen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler vorzuweisen. Zeitgemässes Handeln bedingt Investitionen in den Sport. Dies steigert die Attraktivität einer Gemeinde. Nur bei optimalen Trainingsmöglichkeiten, lassen sich Sportlerinnen und Sportler ausbilden. Vielleicht entscheiden sie sich auch für Schlieren als Wohnort. Mit dem notwendigen Bau einer nachhaltigen Garderobe weiter zuzuwarten führt später zu noch höheren Kosten. Getreu dem Credo „Im Haus muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.“ ist die Fraktion SP/Grüne gegen den Kürzungsantrag.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass es schön ist, dass sich die SP neuerdings auf das Vaterland beruft. Was die Fraktion FDP dem Stadtrat signalisieren will ist, dass er zu teuer baut. Würde sich der Stadtrat für ein Projekt mit Kosten von weniger als 3 Mio. Franken entscheiden, was gemäss Beispiel von Thalwil möglich ist, könnte man sich auch die teure Volksabstimmung sparen. Niemand ist gegen die Erneuerung des Garderobengebäudes des Fussballclubs.

Manuela Stiefel erklärt, dass das Argument der Vermeidung von teuren Volksabstimmungen schwer nachvollziehbar ist, wenn Gemeindeparlamentarier gegen ihren eigenen Beschluss ein Behördenreferendum ergreifen. Dass die Motivation für diesen Antrag eigentlich eine andere ist, hat der Stadtrat bereits vermutet. Es ist aber erst im 2020 soweit, die Projektkosten zu thematisieren. Der Stadtrat würde sehr gerne günstiger bauen, wenn er könnte.

Henry Jager (GLP) erklärt, dass sich die Diskussion zweifelsfrei um einen hohen Betrag dreht. Fussball ist ein Geschäft, das Restaurant ist ebenfalls ein Geschäft. Die Fraktion GLP bittet darum, zur Finanzierung auf Sponsorsuche zu gehen, damit nicht die gesamten 4 Mio. Franken durch die Stadtkasse zu finanzieren sind.

Manuela Stiefel weist ein weiteres Mal darauf hin, dass der Inhalt der Vorlage heute nicht Thema ist. Wenn nun über Sponsoring gesprochen wird, gilt es dennoch schon heute festzuhalten, dass der Fussballclub selbstverständlich auch seinen Anteil leisten wird. Der Club ist einbezogen und er

wird ein Bekenntnis dazu abgeben. Das folgt alles mit der Beratung der Vorlage. Momentan geht es um die Beratung des Budgets der Investitionsrechnung. Das Gebäude selbst kostet weniger als 3 Mio. Franken. Es gibt andere Probleme die nach kostspieligen Lösungen verlangen. Beispielsweise war vorgesehen, den Strom vom naheliegenden Zelgli zu nehmen. Im Zelgli würden dann aber die Lichter ausgehen. Es brauchte ein neues Konzept mit mehr Leitungen. Das Paket dieser Vorlage enthält sämtliche Kosten bis und mit Projektierung und Planung. Das Parlament wird mit der Verabschiedung der Vorlage das Gesamtpaket mit allen BKP-Posten zur Beratung erhalten. Es soll einen Holzbau mit Photovoltaikanlage geben. Das Parlament ist gebeten, die Vorlage zu gegebenem Zeitpunkt genau zu prüfen. Heute das Budget der Investitionsrechnung zu verändern, ändert an der Vorlage nichts.

Erwin Scherrer (EVP) fasst die Voten zum Thema zusammen. Er geht einig mit dem Stadtrat, dass nachhaltig gebaut werden soll. Er erinnert aber an die Abstimmung zum Stadtsaal. In Schlieren ist es schwierig, eine Mehrheit für teure Projekte zu finden. Möglichkeiten wie beim Beispiel von Thalwil zu nutzen und die Kosten unter die Volksabstimmungs-Grenze von 3 Mio. Franken zu bringen, wäre ideal für das Projekt. Es ist wichtig, dass der Fussballclub am Ende ein Garderobengebäude hat.

Manuel Kampus (Grüne) versteht absolut nicht, weshalb Thalwil mit 4 Garderoben als Beispielprojekt für Schlieren mit 13 Garderoben dient. Es geht hier um mehr als das Dreifache.

Abstimmung Antrag 23

Angenommen mit 19 zu 16 Stimmen.

Frage Andres Uhl (CVP)

Beleuchtungsersatz Kunstrassenplatz von Fr. 70'000.00 (INV00327 unter Konto 881.5040.00 Hochbauten)

Andres Uhl fragt für die Fraktion CVP/EVP was genau ersetzt werden muss und ob dafür schon Offerten vorliegen.

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel erklärt, dass diese Frage mit dem öffentlichen Stadtratsbeschluss vom 5. Juni 2019 beantwortet wird. Darin ist festgehalten, dass zwei der zwölf Leuchten ausgefallen sind. Flächenstrahler haben eine Lebensdauer von acht bis zehn Jahren. 2010 wurden diese letztmalig erneuert. Die Lebensdauer ist also erreicht. Die zwei defekten Strahler wurden sogleich ersetzt. Die restlichen zehn sollen 2020 ersetzt werden. Die gleiche Firma, die den Ersatz der zwei Leuchten vornahm, offerierte den Ersatz der weiteren zehn zum selben Preis. Der Ersatz ist aufwändig. Er muss mit einem Hochkran vorgenommen werden.

Frage und Anregung Hans-Ueli Etter (SVP)

Ersatzanschaffung Kehrichtfahrzeug Fr. 490'000.00 (INV00243 unter Konto 721.5060.00 Mobilien Abfallbewirtschaftung)

Hans-Ueli Etter fragt, ob der Stadtrat in Erwägung gezogen hatte, ein vollelektrisches Kehrichtfahrzeug anzuschaffen. Mittlerweile sind diese Fahrzeuge entsprechend ausgerüstet, entsprechend bewährt und sie können im täglichen Gebrauch durchaus eingesetzt werden. Ein vollelektrisches Kehrichtfahrzeug stösst jährlich 52 Tonnen weniger an CO2 aus als ein Dieselfahrzeug. Es gäbe noch weitere Argumente für ein vollelektrisches Kehrichtfahrzeug. Mit Fr. 490'000 ist vermutlich der Kauf eines Dieselfahrzeugs geplant. Ist es für den Stadtrat denkbar, die Investition um ein Jahr zurückzustellen und dann ein vollelektrisches Fahrzeug anzuschaffen?

Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen Andreas Kriesi erklärt, dass diese Frage offene Türen einrennt. Zum Zeitpunkt der Budgetierung wurde mit rund Fr. 1'000'000 für ein vollelektrisches Fahrzeug gerechnet. Zwischenzeitlich haben weitere Abklärungen ergeben, dass sich die

Kosten auf knapp Fr. 800'000 belaufen würden. Das budgetierte Fahrzeug ist teilweise elektrisch. Das Dieselfahrzeug benötigt pro Tag rund 80 Liter Diesel und im Unterhalt ist es ebenfalls teurer, weil es mehr mechanische Teile enthält.

Dominik Ritzmann (Grüne) bittet um genauere Angaben zu den Kosten für ein vollelektrisches Fahrzeug.

Andreas Kriesi erklärt, dass keine konkreten Offerten eingeholt wurden. Überschlagsmässig belaufen sich die Kosten auf Fr. 780'000. Alles in Allem lässt sich festhalten, dass ein vollelektrisches Fahrzeug nach acht bis 10 Jahren günstiger ist als ein Diesel- oder teilelektrisches Fahrzeug.

Hans-Ueli Etter hat sich auf einen Antrag zu diesem Thema vorbereitet. Er betont, dass die BPS einen allfälligen Antrag um Erhöhung dieses Kontos ablehnen werden.

Songül Viridén (GLP) freut sich, dass von den BPS endlich einmal ein Antrag vorliegt, bei dem man den Eindruck hat, es geht tatsächlich um eine Wirtschaftlichkeitsberechnung. Nicht glücklich ist sie darüber, dass nun doch auf den Antrag verzichtet wird. Die GLP hat darüber nachgedacht, diesen Antrag zu stellen. Aufgrund der Mehrheit der BPS hätte der Antrag keine Chance, weshalb sie davon abliess.

Markus Weiersmüller (FDP) möchte wissen, wie alt das zum Austausch vorgesehene Fahrzeug ist. Pro forma stellt Markus Weiersmüller den **Antrag**, dass der Betrag gestrichen wird und das Fahrzeug erst im Jahr 2021 angeschafft wird. Sollte er mit der Antwort des Stadtrats zufrieden sein, zieht er seinen Antrag wieder zurück.

Andreas Kriesi erklärt, dass sich das Fahrzeug im 13. Betriebsjahr befindet. Für ein Fahrzeug dieser Art sind jährliche Reparaturkosten von rund Fr. 20'000 üblich. Derzeit bewegen sich die jährlichen Reparaturkosten auf Fr. 40'000 zu. Es sind nicht nur die Reparaturkosten, die zu Buche schlagen. Jedes Mal, wenn das Fahrzeug repariert wird, benötigt die Stadt ein Ersatzfahrzeug, das sie mieten muss. Die Mietkosten belaufen sich auf zusätzliche Fr. 5'000 pro Monat.

Markus Weiersmüller zieht seinen Antrag zurück.

Antrag 24 Dominik Ritzmann (Grüne)

Erhöhung Ersatzanschaffung Kehrlichfahrzeug von Fr. 490'000.00 auf Fr. 800'000 zur Beschaffung eines vollelektrischen Fahrzeugs (INV00243 unter Konto 721.5060.00 Mobilien Abfallbewirtschaftung)

Abstimmung Antrag 24

Abgelehnt mit 16 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

7. Investitionsrechnung Finanzvermögen (S. 121-123)

Antrag 25 Markus Weiersmüller (FDP)

Antrag auf Reduktion von Fr. 160'000 um 30'000 auf 130'000 für Liftsanierung Rütistrasse (INV00047 unter Konto 963.7040.00 Investitionen in Gebäude)

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel erklärt, wie der Stadtrat den Betrag einzusetzen gedenkt, nachdem eine Begründung des Antrags fehlt. Das hätte sich aber auch über den Fragekatalog machen lassen. Zwischenruf aus dem Parlament: Die Begründung lautet, dass sich der Lift günstiger sanieren lässt. Manuela Stiefel stellt fest, dass sich im Parlament offenbar auch Liftspezialisten finden. Das Projekt beinhaltet zwei 2.5-Tonnen-Warenlifte an der Rütistrasse, weswegen sich die Position im Finanzvermögen befindet. Während der Sanierung benötigt es ein Aussenprovisorium, weil das Haus voll ausgelastet ist. Die Strategie des Stadtrats bezüglich Rütistrasse funktioniert in allen Belangen. Die Stadt hat jene Einnahmen, die sie sich

wünscht. Die Sanierung lässt sich nur mit Aussenprovisorium realisieren. Es gibt keine Alternativen. Bei den Personenliften sind kleinere Anpassungen vorgesehen. Wie bei der Tiefgarage geht es auch bei Liften um die Sicherheit von Menschen. Die im Budget eingestellten Zahlen basieren auf einer Richtofferte des Lieferanten der derzeitigen Modelle. Hierbei handelt es sich um die Firma Schindler. Der Betrag beläuft sich auf Fr. 320'000. Auch hierbei handelt es sich um eine Investition, die auf zwei Jahre verteilt werden soll. Auch hier wird die Kürzung lediglich dazu führen, dass Rechnungen bei der ersten Tranche allenfalls nicht fristgerecht beglichen werden können. Das Projekt wird nicht günstiger. Bei der Sanierung werden alle Auflagen erfüllt, selbst wenn der Betrag im Budget gekürzt wird. Der Stadtrat trägt die Verantwortung für die Sicherheit der Menschen. Dankbar wäre der Stadtrat, wenn er den Restbetrag im Jahr 2021 begleichen dürfte, damit der Ruf der Stadt nicht zerstört wird.

Markus Weiersmüller erklärt, dass er anstelle einer Begründung eine Botschaft für den Stadtrat hat: Es wird einfach zu teuer gebaut.

Manuela Stiefel erklärt, dass diese Botschaft nichts Neues ist. Wichtig ist zu beachten, dass hier gar nicht gebaut wird. Ein bestehender Lift wird saniert und diese Sanierung unterliegt Auflagen. Der Stadtrat hat diese einzuhalten. Es geht um die Sicherheit von Menschen. Bei der Vorlage vom Garderoben-Gebäude kann dem Stadtrat mitgeteilt werden, er baue zu teuer. Aber nicht bei einer Liftsanierung eines Gebäudes, das sich im Finanzvermögen befindet.

Abstimmung Antrag 25

Angenommen mit 19 zu 16 Stimmen.

8. Anhang zum Budget (S. 124-133)

Zu diesem Teil des Budgets gehen keine Wortmeldungen bzw. Anträge ein.

Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker stellt fest, dass die Bereinigung des Budgets abgeschlossen ist und nun die Behandlung des Steuerfusses erfolgen kann. Auf seine Nachfrage, ob noch jemand etwas zum Budget sagen möchte, meldet sich niemand.

9. Steuerfuss von 114 %

Gegenantrag der RPK: Steuerfuss 111 %

Gemeindepräsident Walter Jucker gibt den Abstimmungsplan gemäss § 70 der Geschäftsordnung bekannt und weist auf die Möglichkeit hin, Einwendungen gegen den Abstimmungsplan vorzubringen.

Songül Viridén (GLP) erkundigt sich, zu welchem Zeitpunkt ein Antrag um geheime Abstimmung zu stellen ist. Walter Jucker informiert, spätestens vor der jeweiligen Abstimmung. Songül Viridén erklärt, dass die geheime Abstimmung bei der Abstimmung über den Antrag bezüglich Steuerfuss 111 % gewünscht ist. Andere Stimmen im Parlament erklären, dass die geheime Abstimmung beim Steuerfuss nicht möglich ist. Parlamentspräsident Walter Jucker unterbricht die Sitzung für 10 Minuten zur Klärung des korrekten Vorgehens. Nach 10 Minuten folgen mehrere Parlamentsmitglieder dem Glockenläuten des Präsidenten nicht.

Fortsetzung der Sitzung nach zweitem Glockenläuten nach 11 Minuten

Die geheime Abstimmung ist nur bei mehreren gleichgesetzten Anträgen ausgeschlossen. Gegen eine geheime Abstimmung bezüglich Steuerfuss 111 % ist nichts einzuwenden. Walter Jucker fragt, ob weitere Anträge zum Steuerfuss eingehen werden. Keine Wortmeldung.

Antrag um geheime Abstimmung über Steuerfuss 111 %

Gemäss § 77 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments wird auf Verlangen von 10 Mitgliedern des Parlaments die geheime Abstimmung durchgeführt. Noch immer sind wenige Parlamentsmitglieder nicht zurückgekehrt. Es sind offensichtlich mehr als 25 Mitglieder anwesend. Da lediglich 10 Anwesende für eine geheime Abstimmung stimmen müssen, wird für diese Abstimmung auf eine neue Feststellung der Anzahl an Anwesenden verzichtet.

Abstimmung

Es stimmen mehr als 10 Mitglieder für die geheime Abstimmung. Auf das Auszählen der Stimmen wird verzichtet.

Diskussion zum Steuerfuss 111 %

Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker erteilt das Wort an Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel. Bevor diese ihr Votum vorbringen kann, betreten Parlamentsmitglieder den Saal. Walter Jucker mahnt zu Pünktlichkeit und bittet, auf das Läuten der Glocke zu hören. Walter Jucker stellt fest, dass das Parlament nun wieder vollständig ist.

Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften Manuela Stiefel erinnert an die letzte Steuerfuss-senkung und den bestehenden grossen Zweifeln von politisch linker Seite. Der Stadtrat war damals der Ansicht, dass der Zeitpunkt zur Senkung gekommen ist. Die Strategie des Stadtrats funktionierte. Der Stadtrat hat keinen Nutzen davon, Steuern auf Vorrat einzusammeln. Leben, arbeiten und wohnen ist auch in Schlieren nicht kostenlos zu haben. 1'100 neue Einwohnerinnen und Einwohner werden 2020 erwartet. Eine Stadt mit diesem Wachstum hat sich grossen Herausforderungen zu stellen. Die Infrastruktur soll sehr gut funktionieren, gute Schulen, gute Bildung, Alter, Pflege und Sozialwesen werden immer kostenintensiver. Die Steuerkraft von Schlieren hat trotz Steuerfuss von 114 % in den letzten Jahren zugenommen. Die Auswirkungen der Steuervorlage 17 sind noch nicht klar. Für den Stadtrat handelt es sich förmlich um eine Blackbox. Der Steuersatz für Firmen wird ab 2021 um einen Achtel gesenkt. Die Stadt wird dies spüren. In welchem Umfang ist noch offen. Schlieren ist auf das Kantonsmittel angewiesen. Je grösser der Unterschied der Steuerkraft von Schlieren zu jener des Kantons ist, desto höher ist der Ressourcenzuschuss, den Schlieren erhält. Das Ziel ist nicht, eine tiefe Steuerkraft zu haben. Wenn man sie aber hat, dann nimmt man den Ressourcenzuschuss gerne. Die Verschuldung von Schlieren wird stark ansteigen. Eine Steuerfuss-senkung reduziert den Cash-Flow und die Verschuldung nimmt noch weiter zu. Dies wurde dem Parlament an einem Feierabendgespräch bereits aufgezeigt. Das alles geht zu Lasten späterer Generationen. In wirtschaftlich guten Jahren müssten eigentlich Überschüsse generiert werden. Das ist aktuell aber nicht der Fall. Die Rechnung 2019 wird mit Minus gegen 3 Mio. Franken abschliessen. Mit den heutigen Beschlüssen wird wohl auch die Rechnung 2020 nicht positiv abschliessen. Die Zeit der positiven Jahresrechnungen ist vorbei. In den Eintretensvoten wurde mehrfach genannt, dass die Steuern aufgrund des funktionierenden Entlastungsprogramms gesenkt werden können. Alle Beteiligten suchen Entlastungsmöglichkeiten der städtischen Finanzen und wenn dies erfolgreich getan wurde, dann wird der Stadt das Geld gestrichen. Das ist sehr demotivierend und war nicht das Ziel. Die Botschaft an den Stadtrat ist klar. Er soll weniger Geld ausgeben. Mit der Reduktion welcher Aufgaben und Leistungen soll dieser Forderung nachgekommen werden? Mit einmaligen Verzichten auf Ausgaben wie Flipchart und dergleichen, ist es nicht getan. Das Parlament hat heute Kürzungen beschlossen, deren Folgen nicht absehbar sind. Jede Tranche, die gekürzt wurde, muss nächstes Jahr wieder beantragt werden. Sobald der Haushalt bereit ist für eine Steuersenkung, wird der Stadtrat sie beantragen. Das verspricht der Stadtrat für mindestens zwei Jahre. Wird der Steuerfuss nun gesenkt und man stellt zu einem späteren Zeitpunkt fest, dass dies eine Fehlentscheidung war, worauf man den Steuerfuss wieder erhöhen will, dann sind dies keine kleinen Schritte, sondern grosse, was die Steuerzahlenden verunsichert. Es gilt, beim Kanton anzusetzen, damit die Lastenverteilung gerechter erfolgt. Schlieren hat grosse Sor-

gen. Der Stadtrat wünscht sich diesbezüglich Unterstützung vom Parlament. Soziallasten, Wachstum, Verdichtung, Alter und Pflege bringen grosse Lasten mit sich. Der Kanton möchte neu 70 % dieser Kosten übernehmen. Die SVP hat dagegen das Referendum ergriffen, weil sie findet, dass sei zu viel. Mit der Steuersenkung wird der doppelte Unsinn, beziehungsweise der doppelte Wahnsinn zelebriert. Das Parlament entzieht der Stadt die finanziellen Mittel, die Jahresabschlüsse werden im Minus sein, das Eigenkapital wird weniger und das Parlament wird feststellen, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichen und Sparmassnahmen fordern. Wen treffen diese? Bei einem Steuerbaren Einkommen von Fr. 100'00 ist die Belastung der Gemeindesteuern Schlieren beim Grundtarif bei Fr. 62.95 bei einem Steuerprozent. Bei Verheirateten liegt der Tarif bei Fr. 48.85 bei einem Steuerprozent. Der Durchschnitt in Schlieren liegt bei etwas über Fr. 60'000 an steuerbarem Einkommen. Es betrifft also nur Wenige, bei denen der Steuerfuss eine Auswirkung von Fr. 62.95 pro Steuerprozent hat. Von der Steuersenkung profitieren also nur ganz wenige. Das Geld wird aber hier und da in der Stadtkasse fehlen, was Viele spüren werden. Im Limmattal ist Schlieren mit 114 % gut positioniert. Das Parlament hat das letzte Wort. Es bestimmt und der Stadtrat setzt verantwortungsvoll und souverän den Parlamentsentscheid um. Der Stadtrat, alle Mitarbeitenden und alle Beteiligten werden sich dieser Herausforderung souverän stellen und ihr Bestes tun, den Parlamentsentscheid umzusetzen. Freude verspürt dabei niemand.

Markus Weiersmüller (FDP) fragt Songül Viridén, wieso sie als Mitglied der sogenannt grünliberalen Partei eine geheime Abstimmung zum Steuerfuss verlangt. Das ist zwar erlaubt, zeugt aber von einem höchst merkwürdigen Demokratieverständnis. Die Wählenden haben das Recht darauf zu erfahren, wie jedes Parlamentsmitglied in seiner Funktion als Volksvertretung abstimmt. Dieser Antrag ist eine Vernebelungstaktik. Markus Weiersmüller führt aus, dass er bislang Respekt vor Songül Viridén hatte, weil sie oftmals gute Argumentationen vorbringt, auch wenn er ihre politische Meinung nicht teilt.

Leila Drobi (SP) erklärt, dass das Parlament sich Gedanken machen muss, welches Zeichen es mit dem Steuerfuss setzen will. Selbst die SVP sagte während dieser Debatte, dass die finanzielle Lage in Schlieren angespannt ist. Unter dieser Voraussetzung ist eine Steuersenkung merkwürdig. Die Bürgerlichen verfolgen andere Ziele. Sie erhoffen sich weniger Ausgaben, wenn der Steuerfuss gesenkt wird. Dies ist eine Illusion. Schlieren wird weiter wachsen, die Aufwände vergrössern sich. Das passiert auch dann, wenn weniger Geld eingenommen wird. Auch Investitionen müssen dennoch getätigt werden. Auch die Fraktion SP/Grüne ist der Meinung, sie ist für alle da. Sie hat aber offensichtlich andere Vorstellungen davon als die SVP. Für tiefe Einkommen ist die Ersparnis mit einer Steuerfussenkung so lächerlich klein, dass sicherlich nicht von einer Entlastung gesprochen werden kann. Im gleichen Atemzug werden die Steuerersparnisse bei den Dienstleistungen der Stadt oder mit höheren Abgaben, beispielsweise in der Schule, kompensiert oder überkompensiert. Die meisten Einwohnerinnen und Einwohner werden also letztlich mehr bezahlen müssen, als sie dank der Steuersenkung sparen. Es ist paradox die Steuern zu senken, wenn gleichzeitig Entlastungsmassnahmen und Budgetkürzungen vorgenommen werden müssen. Das Parlament ist gebeten, über den Tellerrand zu schauen und an die Zukunft zu denken. Auch wenn sich die öffentliche Verwaltung in einigen Belangen immer mehr der Privatwirtschaft annähert, bleibt Fakt, dass sie andere Aufgaben hat. Sie hat für alle da zu sein. Hatten jene, die die Streichung von Fr. 2'500 für die Erarbeitung einer neuen Organisationsstruktur für die Geschäftsleitung unterstützen, dies präsent im Kopf? Wenn Gelder für die Schulinformatik gestrichen werden, Elternbeiträge für Schulklassenlager nicht gesenkt werden und Horttarife steigen? Das ist keine Politik für alle. Das Parlament muss für alle da sein und auch so handeln, statt die Steuern zu senken und auf dem Rücken der Schwächsten der Gesellschaft zu sparen. Dieses Zeichen wird mit der Steuersenkung gesendet. Die Fraktion SP/Grüne ist gegen einen Steuerfuss von 111 %.

Marc Folini (GLP) erklärt, dass er, so lange die Liberalen die Anschaffung eines vollelektrischen Fahrzeugs, das sich nach acht bis zehn Jahren rentiert, nicht befürworten obwohl es nachhaltig und rentabel ist, stolz darauf ist, grünliberal und nicht nur liberal zu sein. Grün und liberal, die beiden Begriffe passen hervorragend zueinander. Die geheime Abstimmung zu fordern ist keine Vernebelungstaktik. Sehr viele Signale wurden gesetzt während dieser Debatte. Es gab Berechnungen nach dem Prinzip "Handgelenk mal Pi" und böse Unterstellungen an den Stadtrat. Das ist eine Politik der Plattitüden. Oder, um die Worte von Dominic Schläpfer zu gebrauchen, viel heisse Luft.

Die geheime Abstimmung ermöglicht allen nach bestem Wissen und Gewissen den eigenen Willen zu äussern. Vorteil eines Gemeindeparlaments ist, dass es keinen Fraktionszwang wie auf nationaler Ebene gibt. Hier gilt es, das Wohl der Schlieremerinnen und Schlieremer zu berücksichtigen und nicht das Parteibüchlein. Die GLP ist überrascht über diesen Antrag um Steuerfussenkung von 3 %. Sie spricht sich vehement gegen den Antrag aus. Schlieren entwickelt sich rasant vom ehemaligen Industriedorf zu einer angesagten Stadt und dieser Wandel ist nicht gratis. Das Budget weist seit Jahren ein strukturelles Defizit auf und wer den Finanzplan konsultiert weiss, dass die mittelfristige finanzielle Zukunft nicht rosig aussieht. Selbstverständlich steht der Bankrott bei Annahme des Antrags nicht unmittelbar bevor. Es ist aber in der Verantwortung des Gemeindeparlaments, kommenden Generationen und Parlamentsmitglieder einen nachhaltigen Finanzhaushalt zu hinterlassen. Beim Richtplan sind sich alle einig, dass künftigen Generationen Spielraum ermöglicht werden soll, in dem heute vernünftig mit dem Boden gehaushaltet wird. Wieso soll dies für die Stadtfinanzen nicht gelten? Die Argumentation, dass der Steuerfuss jederzeit wieder erhöht werden kann, ist technisch zwar korrekt, aber ein Scheinargument. Kein Parlament möchte eine Steuererhöhung verabschieden müssen, weil es aufgrund unüberlegter Entscheidungen der vorherigen Parlamentsmitglieder, die die Steuern senkten um bei den nächsten Wahlen damit zu prahlen, unter Zugzwang steht. Wie soll die Bevölkerung dies nachvollziehen? Für die GLP ist nicht nachvollziehbar, weshalb die BPS ausgerechnet hier und jetzt zusammenspannen. Ist es der klassische blaue Traum der Wirtschaftsförderung durch tiefe Steuern? Juristische Personen lockt man nicht mit ein paar Steuerprozenten an. Diejenigen, für die das relevant ist, finden günstigere Gemeinden oder entscheiden sich für den Kanton Zug. Nach Schlieren kommt man wegen der grandiosen Infrastruktur, der grossartigen Leistung der Standortförderung oder der Nähe zu Zürich. Für die GLP unverständlich ist, weshalb auch Parlamentsmitglieder, die die weichen Faktoren wie Familienfreundlichkeit und Lebensqualität im Parteiprogramm haben, diesen Antrag unterstützen.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass er gerne mit Marc Folini debattiert. Auf ein Gegenvotum von Seite Mitte-Links hat er sich vorbereitet. Dazu wollte er im Parteiprogramm nachlesen, wie die Position von GLP und SP zu Steuern lautet. Von der GLP fand er kein Parteiprogramm, dafür aber Positionen. Dominic Schläpfer beginnt, aus dem Positionspapier der GLP vorzulesen. Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker ermahnt Dominic Schläpfer, zur Sache zu sprechen. Dominic Schläpfer liest weiter aus dem Positionspartei der GLP und beginnt, aus dem Parteiprogramm der SP zu lesen. Walter Jucker ermahnt ihn nochmals, zur Sache zu sprechen. Dominic Schläpfer liest weiter aus dem Parteiprogramm der SP. Walter Jucker verwarnt Dominic Schläpfer. Dem leistet Dominic Schläpfer Folge und bricht sein Votum ab.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass die BPS alle Anträge einstimmig vertreten hatten, damit sie den Antrag der Steuerfussenkung gut begründen können. Schlieren hat ein selbstaufgelegtes Entlastungsprogramm, das manchen noch nicht ganz reicht. In Zukunft wird Schlieren nun noch vorsichtiger haushalten müssen. Sehr bald wird die Stadt ein neues Alterszentrum bauen. Viele wollen es mit eigenen Mitteln finanzieren. Bis zu diesem Punkt wären die Kürzungsanträge sogar noch nachvollziehbar gewesen. Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker ermahnt Songül Viridén, zur Sache zu sprechen. Songül Viridén führt aus, dass es sinnlos ist, zum jetzigen Zeitpunkt solch falsche Weichen zu stellen. Die Steuerfussenkung ist unlogisch. Wenn man dem Stadtrat den Auftrag gibt, mit einem Entlastungsprogramm zu sparen und der Stadtrat spart, kann man ihm nicht noch zusätzliches Geld entziehen. Wenn es dem Parlament wirklich nur darum geht, dass der Stadtrat besser haushalten soll, dann sind Kürzungsanträge der richtige Weg und nicht die Steuerfussenkung.

Rixhil Agusi (SP) erinnert an das Votum von Hans-Ueli Etter, dass keine Luxusobjekte errichtet werden sollen. Schlieren benötigt ein neues Alterszentrum. Ist dies ein Luxusobjekt? Hans-Ueli Etter wird früher oder später selbst Bewohner des Alterszentrums sein. Schlieren baut keine Luxusobjekte. Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker ermahnt Rixhil Agusi, zur Sache zu sprechen. Rixhil Agusi fragt sich, wie die vermeintliche Ersparnis dieser Steuersenkung der Bevölkerung erklärt werden soll. Von der Senkung profitieren nur Topverdienende. Gemäss Geschäftsbericht der Stadt betrifft dies gerade einmal 1 % der Bevölkerung. Der durchschnittliche Schlieremer Familie verfügt ein monatliches Einkommen von Fr. 6'500, was zu einem steuerbaren Einkommen zwischen 50'000 und 60'000 führt. Mit der Steuersenkung spart sie lächerliche Fr. 42 pro Jahr. Sie

fordert das Parlament auf an jene zu denken, die Kinder haben. Alles wird teurer. Der Spielplatz wird gestrichen, Horttarife werden erhöht und so weiter. Die Folgen der Steuersenkung werden schmerzlich zu spüren sein.

Henry Jager (GLP) erklärt, sich die GLP für einen gesunden Staatshaushalt mit gesunden Finanzen einsetzt. Wenn Schlieren schon ein Minus schreibt, dann sollen nicht auch noch mit einer Steuersenkung Gelder weggenommen werden. Mit dem fehlenden Geld ist das Budget auf der anderen Seite nicht geändert. Für eine schlanke und effiziente Verwaltung gibt es andere Mittel.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass es weltweit zahlreiche empirische Studien zum Umgang mit Steuergeldern gibt. Sie kommen alle zum selben Resultat. Wenn die öffentliche Verwaltung sparen soll, darf man ihr nicht unlimitierte Mittel zur Verfügung stellen. Hier muss man sanft auf die Bremse treten. Derzeit geht es der Wirtschaft extrem gut. Davon profitieren alle. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt um über den Steuerfuss zu reden, nicht während einer Krise. Die Arbeitslosenquote war letztmals vor zehn Jahren so tief und das durchschnittliche Steuersubstrat liegt ebenfalls deutlich höher als in den letzten zehn Jahren. Die Gesamteinnahmen sind durch Zuzüge massiv höher. Schlieren wächst nächstes und übernächstes Jahr weiter. In Schlieren wird hochwertiger Wohnraum erstellt, weshalb gute Steuerzahlende zuziehen werden. Das Steuersubstrat wird steigen. Jetzt ist der einzig richtige Zeitpunkt um die Steuern zu senken, weil aufgrund der übergeordneten Steuergesetzgebung in den nächsten vier Jahren keine Veränderungen möglich sind, ohne dass Schlieren die Ausgleichszahlungen verlieren würde. Die 3 % entsprechen rund 2 Mio. Franken an Mindereinnahmen. Bei einem Gesamtvolumen von 170 Mio. Franken entspricht dies rund 1 % der Gesamtkosten. Das ist eine massvolle Steuersenkung. Das Parlament ist gebeten, dem wohlüberlegten, fairen und nachhaltigen Antrag der RPK zuzustimmen.

Marc Folini (GLP) erklärt, dass das, was Markus Weiersmüller sagte, nicht stimmt. Aus einer Studie teilweise zu zitieren ist ein No-Go. Dies gilt insbesondere, wenn das Resultat als Aufhänger gebraucht wird, um etwas ganz anderes zu sagen. Der mittelfristige Ausgleich im Finanzplan von Schlieren spricht eine ganz klare Sprache. Schlieren geht es nicht gut. Für Marc Folini ist nicht nachvollziehbar, von welcher guten Wirtschaftslage Markus Weiersmüller sprach. Marc Folini stützt sich auf die vorliegenden Zahlen, die professionelle Personen im Kontext der Stadt Schlieren erarbeitet haben und dem Parlament zur Verfügung stellen. Womöglich verhält sich die Schweizer Wirtschaft anders als jene von Schlieren. Die angeblich so stark gestiegene Steuerkraft lässt sich aus dem Finanzplan nicht ableiten. Was von der FDP hier gesagt wird ist unverantwortlich und fahrlässig.

Dominik Ritzmann (Grüne) fragt Markus Weiersmüller, wieso so viele Streichungsanträge erfolgten, wenn Schlieren künftig angeblich so viel mehr Geld erhalten wird und es der Stadt so gut gehen wird. Es wurden sogar Positionen gestrichen, die das Parlament gar nicht streichen darf, weil es gebundene Ausgaben sind. Trotzdem wurden sie vom Parlament gestrichen. Das Parlament ist der Ansicht, dass zu viel Geld ausgegeben wird und streicht deshalb Ausgaben. Wenn man prüft, was sich durch das Entlastungsprogramm, das aus der letzten Steuersenkung entstand, veränderte, dann stellt man fest, dass gar nicht viel an Geld gespart werden konnte, sondern es wurden vor allem auch Gebühren erhöht. Es ist nicht realistisch, dass in Zukunft weniger Geld ausgegeben wird, sondern in Zukunft werden noch weitere Massnahmen wie Gebührenerhöhungen getroffen werden müssen. Dies geschieht auf Kosten jener, die von dieser Steuersenkung nicht profitieren. Gemäss Geschäftsbericht 2018 weisen 55 % ein steuerbares Einkommen von Fr. 49'000 oder weniger auf. Die profitieren nicht von den paar Franken, die sie weniger an Steuern bezahlen müssen, wenn die Verwaltung die Ausfälle mit Erhöhung von Gebühren überkompensieren muss.

Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zum Thema Steuerfuss gewünscht sind.

Geheime Abstimmung Steuerfuss 111 %

Bei einer geheimen Abstimmung stimmt der Gemeindeparlamentspräsident mit. Es sind somit 36 Stimmzettel zu verteilen. Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker erklärt, wie der Stimmzettel für eine gültige Stimmabgabe auszufüllen ist. Es ist beim Stimmzettel "ja" anzukreuzen, wenn der

Antrag von einem Steuerfuss von 111 % unterstützt wird und "nein", wenn der Steuerfuss von 111 % nicht unterstützt wird.

Ergebnis

Steuerfuss 111 % ist angenommen mit 20 zu 16 Stimmen.

Der Abteilungsleiter Finanzen hat, soweit möglich, ausgerechnet, welche Auswirkungen die Berücksichtigung der angenommenen Anträge auf das Budget haben. Die neuen Zahlen werden mittels Powerpointpräsentation gezeigt. Gemeindeparlamentspräsident Walter Jucker fragt, ob zu den präsentierten Zahlen das Wort gewünscht ist. Das Wort wird nicht gewünscht.

Das bereinigte Budget 2020 mit dem Steuerfuss von 111 % ist einer Schlussabstimmung zu unterziehen.

Das Gemeindeparlament beschliesst mit 25 zu 10 Stimmen:

1. Vorlage Nr. 10/2019 Genehmigung des Budgets und Festsetzung des Steuerfusses 2020:
 - a. Budget 2020 mit den durch das Gemeindeparlament beschlossenen Änderungen

Erfolgsrechnung	Fr.
Gesamtaufwand	171'330'700.00
Gesamtertrag	<u>168'545'400.00</u>
Aufwandüberschuss (-)	-2'785'300.00

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen

Ausgaben	16'536'000.00
Einnahmen	<u>3'600'000.00</u>
Nettoinvestitionen	12'936'000.00

Investitionsrechnung Finanzvermögen

Ausgaben	5'322'900.00
Einnahmen	<u>3'289'700.00</u>
Nettoinvestitionen	2'033'200.00

- b. Der Gemeindesteuerfuss wird für das Jahr 2020 auf 111 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt, unter der Annahme eines mutmasslichen Steuerertrags zu 100 % von Fr. 48'950'000.00. Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss belastet.

2. Mitteilung an
 - Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften
 - Archiv

Präsident

Sekretärin

Stimmenzählende